

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.

Abonnementspreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition Berlin S. 69, Urbanstr. 63 I.

Inserate

pro vierstellige Zeile 60 Pf., Stellensuche 40 Pf., für Verhandlungsangelegenheiten 20 Pf. Privatangelegenheiten ist der Betrag beizufügen.

Nr. 29.

Berlin, den 15. Juli 1911.

27. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. In der Zahlstelle Weissenfels gelangt von jetzt ab Reiseunterstützung zur Auszahlung.

2. Wir sehen uns veranlaßt, die Mitglieder auf nachstehende Bestimmungen betr. den Bezug von Krankenunterstützung hinzuweisen und im Falle der Erkrankung um strenge Befolgung derselben zu ersuchen:

1. Arbeitsunfähig erkrankte Mitglieder haben Anspruch auf Krankenunterstützung vom achten Tage der Meldung der nachweislich vorhandenen Krankheit an, sofern sie mindestens 52 Beiträge geleistet haben. Für die ersten sieben Tage der gemeldeten Krankheit wird also eine Unterstützung nicht gezahlt.

Die Höhe und die Dauer der Unterstützung richtet sich nach der Zahl und Klasse der geleisteten Beiträge.

2. Bei der Meldung der Krankheit ist das Mitgliedsbuch abzugeben. Dasselbe bleibt so lange in Verwahrung der Zahlstelle, bis Gesundheitsmeldung erfolgt oder der Höchstbetrag der zustehenden Unterstützung erreicht ist.

3. Die Auszahlung erfolgt in der Regel wöchentlich und ist bei jedesmaligem Abheben der Krankenunterstützung über die Fortdauer der Krankheit eine ärztliche Bescheinigung oder eine solche der zuständigen Krankenkasse beizubringen. Für viertel und halbe Tage darf Unterstützung nicht gezahlt werden.

4. Mitglieder, die sich in einer Heilanstalt oder im Krankenhaus befinden oder sonstwie aus nachweislich dringenden Gründen verhindert sind, können die Unterstützungen auch in größeren Zwischenräumen beziehen, sofern sie einen Nachweis hierüber beibringen. Die Meldung der Krankheit muß jedoch erfolgt sein. Es kann also an ein Mitglied, das im Krankenhaus oder in einer Heilanstalt war, ohne dieses unter Abgabe seines Mitgliedsbuches gemeldet zu haben, die Unterstützung nachträglich nicht bezahlt werden.

5. Wöchnerinnen gelten als krank im Sinne des Statuts. Die Unterstützung tritt aber erst mit dem achten Tage nach der Meldung der erfolgten Entbindung in Kraft und endet spätestens nach sechs Wochen vom Tage der Entbindung an gerechnet in all denjenigen Fällen, wo nicht der Nachweis erbracht ist, daß eine Krankheit vorliegt, die weitere Arbeitsunfähigkeit im Gefolge hat.

Hat das betreffende weibliche Mitglied bereits schon Krankenunterstützung empfangen und seit Bezug der letzten Unterstützung noch keine 52 Beiträge geleistet, so beginnt der Unterstützungsbezug mit dem Tage der Meldung der erfolgten Entbindung.

6. Schwangerchaftsbeschwerden gelten nicht als Krankheit. Es kann also an weibliche Mitglieder, die infolge Schwangerschaft die Arbeit aufgeben müssen, eine Unterstützung nicht bezahlt werden.

Die örtlichen Funktionäre ersuchen wir sehr dringend, die im Handbuch auf Seite 129—131 gegebenen Vorschriften sorg-

fältig zu beachten und danach zu verfahren. Für die Auszahlung der Krankenunterstützung an männliche Mitglieder sind die braunen und für die Auszahlung an weibliche sind die blauen Formulare zu benutzen. Auch der Name der Krankheit muß im Interesse einer sorgfältigen Statistik stets angegeben werden.

Der Verbandsvorstand.

Der Gewerkschaftskongreß.

II.

Unter gespanntester Aufmerksamkeit begann so-bann Rechtsanwalt Dr. Heinemann sein Referat über „Das Koalitionsrecht und der Vorentwurf zum Strafgesetzbuch“. In seinen vorzüglichen Ausführungen übte er herbe Kritik an der jetzt gegen organisierte Arbeiter geübten Rechtsprechung und an den durch die neuen Entwürfe noch verschlimmerten Bestimmungen bei straffälligen Vergehen in Lohnkämpfen. Die Entscheidung des Reichsgerichts, daß das Delikt der Erpressung bei Lohnkämpfen vorliege, wenn die Arbeiter einseitige Forderungen stellen und höhnische und dreiste Mienen dabei zur Schau tragen, hätte die Motive selbst für unhaltbar in der Rechtsprechung angesehen. Aber die neue Regelung bringt keine Verbesserung, soll doch jetzt der Tatbestand einer Erpressung vorliegen, wenn bei der Androhung einer Arbeitsniederlegung die geforderten Löhne im Mißverhältnis zur Arbeitsleistung stehen und der Täter sich dessen bewußt war. Der Richter also müßte entscheiden, welcher Lohn als angemessen zu betrachten ist. Wer da aber weiß, mit welchem Wohlwollen die Zeugenaussagen der Arbeitswilligen, daß ihnen der Lohn genüge, vor Gericht aufgenommen werden, der wird über die Lohntage des Richters nicht im Zweifel sein, und der Begriff der Erpressung ist gegeben. Niemand könne sich dagegen schämen, denn wer selbst den gelehrtesten Professor fragen würde, ob auch die zu stellenden Forderungen angemessen seien, könne keine zufriedenstellende Auskunft erhalten, da das ja erst der Richter entscheide. Eine solche Rechtslehre könne nicht auf richtigem Wege sein, und die Regierung sollte sich doch wohl überlegen, die Richter vor solche Aufgaben zu stellen und sie damit zur Parteinahme in wirtschaftlichen Kämpfen zu zwingen. Entrüstete Zurufe lösten die Mitteilungen des Referenten aus, daß bei besonders schweren Fällen von Erpressung auf Zuchthaus bis zu 5 Jahren erkannt werden könne. Bei Gefängnisstrafen, die bis zu 3 Jahren betragen können, ist die Ueberweisung ins Arbeitshaus möglich, und für besonders „Wohlschaffte“ Entziehung des weichen Lagers und der warmen Kost. Organisierte Arbeiter würden sicher oft davon betroffen werden. Sodann zeigt der Redner die unheilvolle Wirkung des § 153 in juristischer und strafrechtlicher Beziehung. Auch die anderen Bestimmungen des Entwurfs stehen, soweit sie sich gegen organisierte Arbeiter richten, dem nicht nach. Redner bezeichnet das selbige Zuchthausgesetz als wahres Eldorado gegenüber dem vorgelegenen Strafgesetzbuch. Die Arbeiter hätten ihren Kampf gegen die Befehdung des Koalitionsrechts wider eine Welt von Feinden zu führen. Unter lebhaftem Beifall beendete Heinemann sein zweistündiges Referat, welches im Druck erscheinen und zur Massenverbreitung gebracht werden soll.

Bei der Wichtigkeit der Frage des Koalitionsrechtes und angesichts der Drohungen gegen die Rechte der Arbeiterschaft wurde für die Diskussion von der geschäftsordnungsmäßigen Beschränkung der Redezeit abgesehen. Knoll, der Vorsitzende des Steinsekerverbandes, begründete eine Resolution, nach der der Kongreß Protest erhebt gegen die parteiische Stellungnahme der Staats- und kommunalen Behörden bei der Aussperrung der Steinseker im Regierungsbezirk Merseburg. Weiter kamen Vertreter derjenigen Berufsstände zum Wort, die durch die neuen ausnahmsrechtlichen Strafbestimmungen besonders hart betroffen werden. Brunner für die Eisenbahnarbeiter, Mohs für die Staats- und Gemeindegewerkschafter, Schmidt für die Landarbeiter, Müller für die Seeleute und Jansche für die Bergarbeiter plädieren in längeren Reden für uneingeschränkte Koalitionsfreiheit ihrer Berufsgruppen und zeigen, mit welchen unendlichen Schwierigkeiten sie schon heute bei der Ausübung des Koalitions- und Streikrechtes zu kämpfen haben. Entrüstete Zurufe begleiteten die Mitteilung Müllers, daß die Redner in diesem Frühjahr angesichts des drohenden internationalen Seemannsstreiks sich um Arbeitswillige an das Reichsmarineamt gewandt und von diesem auch Zusicherungen bekommen haben; es habe sogar die Absicht bestanden, die Ersatzmannschaften einzuberufen.

Ihrer besonderen Wichtigkeit wegen bringen wir die von Dr. Heinemann vorgelegene und vom Kongreß einstimmig angenommene Resolution im Wortlaut:

„Das Koalitionsrecht, das Sozialpolitiker der verschiedensten Richtung als eine Waffe erklärt haben, die die Arbeiter im Dienste der Zivilisation der Menschheit führen, ist im Deutschen Reich zwar theoretisch anerkannt. Die praktische Ausübung dieses Rechts aber wird durch die Gesetzgebung und Rechtsauslegung erschwert, oft nahezu unmöglich gemacht.“

Dieses Ziel wird zunächst dadurch erreicht, daß man den Begriff der Erpressung auf den ehrlichen Arbeiter anwendet, der unter Ankündigung der Arbeitsniederlegung höheren Lohn fordert. Die Motive zum Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch erkennen das Untragliche dieses Zustandes an. Der Entwurf will dadurch Abhilfe schaffen, daß er das Tatbestandsmerkmal der Abnötigung eines Vermögensvorteils in den Begriff der Erpressung einfügt. Diese Fassung wird an der heutigen Rechtsprechung nicht das geringste ändern. Denn die Praxis wird in jeder Lohn-erhöhung einen Vermögensvorteil für den Arbeiter finden. Die einzige Änderung, die der Entwurf bringt, besteht darin, daß die Arbeiter nicht mehr wie bisher nur mit Gefängnis, sondern daneben noch mit Arbeitshaus oder gar mit Zuchthausstrafe belegt werden können.

Viele Wacker unter den deutschen Arbeitern sind ferner unter völliger Verneinung der Klassenanschauungen und Klasseninteressen der Arbeiterschaft wegen Erpressung bestraft worden, weil sie das Zusammenarbeiten mit Unorganisierten oder Arbeitswilligen abgelehnt haben. Die Formulierung des Entwurfs läßt diese Rechtsprechung in vollem Umfange fortbestehen. In der Zahlung der Mitgliedsbeiträge an die Gewerkschaftskasse wird die Praxis die Abnötigung eines Vermögensvorteils sehen.

Der Entwurf läßt ferner den § 153 der Reichsgewerbeordnung fortbestehen, der sich als ein Ausnahmefall gegen die Arbeiterklasse darstellt. Diese Vorschrift erklärt sonst im ganzen Recht erlaubte Handlungen nur deshalb für strafbar oder wenigstens für schwerer strafbar, weil sie von den gewerblichen Arbeiten zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung vor-

Die Stellung unserer Kollegenschaft in Berlin, Leipzig und Stuttgart zum Tarifabschluß.

Am 4. und 5. Juli haben in den drei Tarifstädten große Versammlungen stattgefunden, in denen über den erfolgten Tarifabschluß und über die in mehrwöchigen schwierigen Beratungen vereinbarten Artordnungen Bericht erstattet wurde. Ursprünglich war vereinbart worden, daß diese Versammlungen einheitlich am 5. Juli stattfinden sollten. Infolge sozial-schwierigkeiten mußte die Leipziger Versammlung bereits am 4. Juli abgehalten werden. In dieser referierte Zinke. Seine Ausführungen deckten sich im wesentlichen mit dem Bericht in Nr. 28 der „Buchbinder-Zeitung“. Einer ausführlicheren Berichterstattung steht der außerordentliche Umfang des Tarifes entgegen. Nach Fertigstellung desselben wird in Branchenversammlungen den einzelnen Sparten ein genaueres Bild von den getroffenen Änderungen gegeben werden können. Der Referent betonte, daß für einzelne Branchen ganz nennenswerte Verbesserungen erzielt worden seien, während es bei andern schwer gehalten habe, die bestehenden Preise zu erhalten. Dennoch bedeute der Abschluß des Tarifes einen beachtenswerten Fortschritt, der alle Kollegen und Kolleginnen anspornen müsse, ihre Kräfte auch für die Zukunft in den Dienst der Organisation zu stellen. Vor allen Dingen müsse man aber auf das Entscheidende dafür eintreten, daß die neuen Bestimmungen in allen Betrieben zur Durchführung kommen.

An den Bericht schloß sich eine zum Teil sehr lebhaft diskutierte, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß man bei den gemachten Zugeständnissen keine volle Befriedigung empfinden könne. Die Unterhändler haben gewiß ihre Pflicht getan, aber das nicht immer einwandfreie Verhalten einer Anzahl Kollegen und Kolleginnen sei schuld, daß bei der diesjährigen Bewegung nicht mehr herausgesprungen sei. So habe man bis in die letzten Tage in einzelnen Betrieben noch Mühe gehabt, den alten Tarif durchzuführen, ein Zustand, der bei energischerem Auftreten der Kollegenschaft nicht hätte vorkommen können. Bei dem neuen Tarif müsse es anders werden. Die Tarifkommission in Gemeinschaft mit der Ortsverwaltung sei verpflichtet, scharf gegen die Tarifhänder im Unternehmerlager sowohl als auch im eigenen Lager vorzugehen. Vor allem müsse man sich auch der Druckereien mehr annehmen, in denen teilweise recht unwürdige Arbeitsverhältnisse beständen, daselbst habe mit den Kleinbetriebern zu geschehen, die dem Verbands Deutscher Buchbindereibesitzer meist nicht angeschlossen seien. Eine weitere Versammlung werde sich mit den Betrieben zu beschäftigen haben, die den Tarif nicht anerkennen wollen. Pflicht der Kollegenschaft sei es nun, die neuen tariflichen Bestimmungen bis in die kleinsten Details durchzuführen und der Tarifkommission Nachricht zu geben, falls dies aus irgendwelchen Gründen auf Schwierigkeiten stoßen sollte. Erst in später Abendstunde erreichte die bis zum Schluß gut besuchte Versammlung ihre Ende.

In der Versammlung unserer Berliner Kollegenschaft referierte Zinke, der ebenfalls einen Ueberblick über die Verhandlungen mit den Unternehmern gab. Er erklärte, daß es die Berliner Vertreter bedauerten, der Versammlung empfehlen zu müssen, sich mit dem Erreichten und inzwischen abgeschlossenen abzugeben. Die Verhandlungen hätten auf zentraler Grundlage stattgefunden und da die Berliner nur ein Drittel der beteiligten Arbeiterschaft bildeten, mußte sie sich der Mehrheit fügen. Doch seien bei den jetzt abgeschlossenen Verhandlungen um den Affordtarif solche Zugeständnisse erreicht worden, daß auch die Berliner Vertreter sich mit dem Erreichten einverstanden erklären konnten im Gegensatz zu den Resultaten der Verhandlungen über das Tarifvorwort. Im allgemeinen ist der neue Affordtarif mit viel größerer Sorgfalt ausgearbeitet als der alte, was auch schon daraus hervorgeht, daß die Zahl der Positionen um über 200 erhöht wurde, und die Zahl der Preisbestimmungen um rund 3000. Der bisher für Berlin geltend gewesene Sondertarif ist in den allgemeinen Tarif aufgegangen, aber es ist gleichwohl durch besondere Verhandlungen mit den Berliner Prinzipalen gelungen, in verschiedenen Positionen wiederum höhere Preise als für Leipzig und Stuttgart festzusetzen. In der Hauptsache mußte bei den Verhandlungen über den allgemeinen Affordtarif versucht werden, die für Leipzig geltenden Preise auf die Höhe der Berliner zu bringen, und es ist auch bei einem großen Teil der Positionen gelungen, eine Uebereinstimmung oder Annäherung zustande zu bringen. Die Vertreter der Arbeiterschaft haben sich bei den Verhandlungen alle mögliche Mühe gegeben, den Ablaufstermin auf ein späteres Datum als den 1. Juli festzusetzen, der ja in die flaueste Zeit des Buchbindergewerbes fällt. Aber seitens der Prinzipale wurde erklärt, daß für sie

genommen sind. Dieselben Handlungen bleiben dagegen nach § 153 straflos, wenn sie verübt werden, um den gewerblichen Arbeiter an der Ausübung seines Koalitionsrechts zu hindern. Infolge dieser Straffreiheit erfindet das Unternehmertum immer neue Mittel und Wege zur Zerstörung der Koalitionsverbände. Der Rorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch enthält keinerlei Vorschrift zum Schutze der Koalitionsfreiheit.

Der Rorentwurf beschränkt sich aber nicht auf die Aufrechterhaltung der heute bestehenden gesetzlichen Vorschriften, die die Koalitionsfreiheit auf ein äußerst geringes Maß herabgedrückt haben. Er geht erheblich darüber hinaus und enthält Bestimmungen, die an Arbeiterfeindlichkeit sogar die Zuchthausvorlage weit übertreffen und sich als rücksichtsloseste Klassenjustiz darstellen.

Das gilt zunächst von den §§ 184 und 185 des Entwurfs. Diese rauben das Koalitionsrecht allen Arbeitern, die im Betriebe einer Eisenbahn, der Post, einer Telegraphen-, Fernsprech- oder Hochpostanlage sowie einer zur öffentlichen Versorgung mit Wasser oder Beleuchtung dienenden Anstalt beschäftigt sind.

Weiter kommen insbesondere, wenn auch keinesfalls allein, in Betracht die §§ 240 und 241 des Entwurfs. Diese Vorschriften wenden sich nicht mehr gegen angebliche Auswüchse bei der Betätigung des Koalitionsrechts, sie bestrafen vielmehr die Ausübung des Koalitionsrechts als solche. Wird der Entwurf Gesetz, so bleibt den Arbeitern nichts anderes übrig, als stets zu dem schärfsten Mittel, dem Streik, zu greifen, da Ausprägungen, die sich bei Vorberhandlungen aus der Natur der Sache ergeben und daher nicht zu vermeiden sind, als Nötigung bestraft werden müssen.

Aus diesen Gründen fordert der Gewerkschafts-Kongreß bei der Revision des Strafgesetzbuches die Befreiung aller die Ausübung des Koalitionsrechts erschwerenden Vorschriften des geltenden Rechts aus dem Strafgesetzbuch, dem Landesstrafrecht und den strafrechtlichen Nebengesetzen. Dagegen fordert der Gewerkschafts-Kongreß die Aufnahme von Strafbestimmungen in das Strafgesetzbuch gegen Unternehmer, die das Koalitionsrecht der Arbeiter hindern. Die in den §§ 184 und 185 genannten Arbeiter (die Arbeiter in öffentlichen Betrieben) bedürfen der Ausübung des Koalitionsrechts, sollen sie nicht wirtschaftlich und rechtlich nicht noch weiter hinter den anderen Arbeiterkategorien zurückfallen. Der Kongreß fordert daher die Streichung dieser Paragraphen. Er protestiert ferner energisch gegen die neu vorgeschlagenen Bestimmungen, die die Koalitionsfreiheit direkt aufheben, die äußersten Wünsche des Scharfmachers des Verwirklichen und der Gleichheit vor dem Gesetze hohn sprechen.

Ueber Arbeitsnachweis und Arbeitslosenunterstützung referierte Umbreit. Die Frage der Arbeitsvermittlung zu behandeln war notwendig, weil die Frage der staatlichen und kommunalen Arbeitslosenunterstützung immer aktueller wird. In vielen Gemeinden ist die kommunale Unterstützung bereits eingeführt. Dann aber war es notwendig, die Frage der Arbeitsvermittlung zu behandeln, weil die Gewerkschaften ihre früheren Kongreßbeschlüsse den neuen Verhältnissen entsprechend einer kleinen Revision unterziehen möchten. Die Ansicht, daß die Arbeitsvermittlung ausschließlich Sache der Gewerkschaften sein müsse, wird heute durch die Einsicht abgelöst, daß die paritätischen Arbeitsnachweise die geeignetsten Vermittlungsstellen sind.

Dem Kongreß lag eine umfangreiche Denkschrift der Generalkommission für die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und der Bundesstaaten und für die Gemeindevertretungen vor.

In der Diskussion wurden hauptsächlich die Praktiken der Unternehmensnachweise besprochen. Gewarnt wurde vor uneingeschränkter Anerkennung des Genter Systems, dem im allgemeinen nicht die Tendenz zuguerkennen sei, die Selbstversicherung der Arbeiter zu fördern. Interessant war die Schilderung von Math-München, wie die Zentrumsvertreter und die christlichen Arbeiterführer in Bayern die Verpflichtung der Behörden zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung vom Landtage auf die Kommunen und von den Kommunen wieder auf den Landtag abzuwälzen suchen. Nach Schluß der Diskussion gelangt eine Resolution im Sinne des Referats zur Annahme.

Organisatorisches Neuland betrat der Kongreß sodann mit der Erörterung der Stellung der Privatangestellten im Wirtschaftsleben und ihrer Organisationsbestrebungen. Der Referent Lange zeigte zunächst zahlenmäßig, in welchem Maße infolge der wachsenden Industrie sich die Zahl der Privatangestellten vergrößert habe, während ihre Zahl im Jahre 1882 erst eine halbe

Million betrug, war sie im Jahre 1895 schon auf eine Million und 1907 auf rund zwei Millionen angewachsen. Unter Hinweis auf die niedrigen Löhne und die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Unternehmer, die vielfach noch die der Arbeiter übertriffe, forderte Lange sie auf, nicht in paritätischer mit den Unternehmern zusammengesetzten Vereinen ihre Interessen wahrzunehmen, auch nicht auf Staatshilfe zu rechnen, sondern zur Selbsthilfe zu streifen. Unter Ausmerzung aller in ihren Reihen hervortretenden arbeitgeberfeindlichen Bestrebungen müßten ihre Organisationen sich an die Arbeiter anlehnen, Angestellte und Arbeiter müßten sich zu gemeinsamem Schutze und Trutz verbinden.

Vertreter der Bureauangestellten und der Handlungsgehilfen zeigten, daß den Privatangestellten das Koalitionsrecht in gleichem Maße illusorisch gemacht wird wie den Arbeitern. Auch bei der gesetzlichen sozialen Fürsorge finden ihre Wünsche nicht genügende Berücksichtigung.

Nach einem Schlußwort Langes wurde die vorgeschlagene Resolution angenommen. Es gelangt noch ein Antrag zur Annahme, demzufolge die kleinen Verbände und Berufsorganisationen verpflichtet werden, sich zu großen Verbänden zu verschmelzen.

Bei Eröffnung der Sitzung des letzten Verhandlungstages wurde bekanntgegeben, daß aus mehreren Berliner Druckereien gleichlautende Zuschriften an den Kongreß gelangten, in denen angefragt wurde, wie sich der Gewerkschaftskongreß zu dem vom Tarifamt der Buchdrucker in Sachen des Konflikts der Maschinenmeister gefällten Schiedsspruch stellt. Der Kongreß lehnte es durch Zustimmung zu einer Erklärung Regiens ab, sich in die Sache des Buchdruckerverbandes einzumischen; jedenfalls hätten sich erst die Organisationsinstanzen des Buchdruckerverbandes damit zu beschäftigen.

In seinem Referat über die Bildungsbestrebungen stellt Sassenbach eine Reihe beachtliche Leitfäden für Bibliothekare und Bildungsausschüsse auf. Die fortschreitende Arbeiterbewegung verlange in steigendem Maße tüchtige Kräfte, weshalb für Durchbildung der Mitglieder Sorge getragen werden müsse. Nebener empfiehlt weiter eine Zentralisation der verschiedenen Bibliotheken am Orte und die Ausgestaltung der Literaturbeilage des „Korrespondenzblattes“ als Ratgeber für Bibliotheken. Neben Bücherbesprechungen sollten auch technische Anregungen für die Bibliothekare gegeben werden. In der Diskussion werden die Ausführungen des Referenten unterstützt.

Als Mitglieder der Generalkommission werden Johann gewählt: Regien, Silber Schmidt, Bauer, Kube, Robert Schmidt, Cohen, Sassenbach, Hübsch, Sabbath, Schumann, Knoll, Döblin, Sachse.

Eine Resolution des Tabakarbeiterverbandes gelangt hierauf zur Annahme, die auffordert, Zigarren nur von tariftreuen Firmen zu kaufen und die Tabakarbeiter in ihrem Kampfe zu unterstützen.

Die Tagesordnung ist damit erledigt. Schilde hielt das Schlußwort. Vorweg erstattet Schilde den Dresdnern Dank ab für die wohlgelungenen Arrangements; besonders die Elbfahrt würde bleibenden Eindruck auf die Delegierten behalten. Mit starkem Beifall wird der Ausspruch Schildes begleitet, daß gerade auf dieser Fahrt, die in gewissem Sinne eine Demonstration war, die Arbeitervereine der Elblände mit ihren Arrangements gezeigt hätten, daß Führer und Massen eins seien. Und lebhaft Zustimmung erfährt Schildes Aufforderung, die Arbeiter Preußens in ihrem Wahlkampfe zu unterstützen. Mit dreifachem Hoch auf die freien Gewerkschaften, in das die Delegierten begeistert einstimmen, wurde der Kongreß geschlossen.

Gelesene Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ wirft man nicht fort, sondern gibt sie seinen nicht organisierten Nebenkollegen

:: ::

dieser Termin eine Errungenschaft des Kampfes vom Jahre 1906 sei, die sie sich nicht auf anderem Wege als durch einen neuen Kampf entreißen lassen würden. Um nicht den ganzen Tarifabschluß wieder in Frage zu stellen, erklärten sich dann die Arbeitgeber mit der Beibehaltung des alten Kerns einverstanden, und so wurde der neue Tarifvertrag auf 5 Jahre abgeschlossen. Der Redner bemerkte zum Schluß, daß das Gesamtergebnis der diesmaligen Tarifbewegung für die Berliner Kollegenschaft sicherlich ein sehr mageres sei, daß es aber immerhin einen Schritt vorwärts bedeute. Ueber die Durchführung der protokollarisch festgelegten Bestimmungen, die den Prinzipalen empfiehlt, bei Einführung des neuen Tarifs den über Minimallohn entlohten Arbeitern und Arbeiterinnen eine angemessene Lohnerhöhung zu gewähren, sind in Berlin mit den Prinzipalen bereits Verhandlungen angeknüpft, die jedoch noch nicht zu Ende geführt werden konnten. Selbstverständlich wird die Buchbinderarbeiterschaft mit aller Kraft dafür sorgen, daß jene Empfehlung, wie es bei den Verhandlungen in Leipzig versprochen wurde, auch wirklich durchgeführt wird. Ferner sind bereits Schritte unternommen, um auch die nicht dem Verband der Buchbinderarbeiterschaft angehörenden Arbeitgeber zur Anerkennung des neuen Tarifvertrages zu veranlassen, und man wird alle Kraft einsetzen, um etwa entstehende Schwierigkeiten zu überwinden.

An den Bericht schloß sich eine außerordentlich erregte und zum Teil stürmische Debatte, in der die starke Unzufriedenheit über das Ergebnis der Tarifbewegung herortrat und die Arbeit der Unterhändler in kräftigen Worten kritisiert wurde. Die Erregung nahm teilweise einen solchen Umfang an, daß selbst die Unterhändler sich nicht Gehör verschaffen konnten. Im allgemeinen wurde jedoch betont, daß man nun, nachdem an dem Ergebnis nichts mehr zu ändern ist, alle Kraft einsetzen müsse, um den Tarif in allen seinen Teilen strikte zur Durchführung zu bringen, damit das, was er der Buchbinderarbeiterschaft bietet, auch in vollem Maße zur Geltung komme. Es wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung hat mit Entrüstung Kenntnis von dem Tarifabschluß genommen. Sie bedauert lebhaft, durch Vergebung der Vollmacht an ihre Vertreter nicht in der Lage zu sein, den Tarif abzulehnen. Sie kann in dem Abschluß einen ihrer Lage entsprechenden Fortschritt nicht erblicken.“

Ueber die Versammlung der Stuttgarter Kollegenschaft sagte ein Bericht in der „Schwäbischen Tagwacht“ vom 6. Juli das folgende (ein eigener Bericht ging uns bis zur Drucklegung dieser Nummer nicht zu):

In der besonders von Arbeiterinnen gut besuchten öffentlichen Versammlung erstattete Hermann Gerber Bericht über die Verhandlungen in Leipzig. Seien auch nicht alle Forderungen bewilligt, so könne man doch sagen, daß eine Reihe Erfolge, besonders beim Akkordtarif, zu verzeichnen seien. Auch die Verkürzung der Arbeitszeit für Stuttgart um 1 bis 1½ Stunden sowie die Erhöhung der Stundenlöhne bedeute einen Fortschritt. Die Vertreter hätten deshalb, wenn auch nicht leichten Herzens, dem Tarif zugestimmt. Er ersuche, einer von der Ortsverwaltung und der Tarifkommission vorgelegten Resolution zuzustimmen. In der äußerst lebhaften Debatte kam besonders der Wunsch zum Ausdruck, den Sonnabend nachmittag frei zu bekommen. Dem wurde von der Leitung deshalb widersprochen, weil dadurch die tägliche 9stündige Arbeitszeit durchbrochen würde. Nach über zweistündiger Debatte wurde der Tarifvertrag sowie folgende Resolution mit großer Mehrheit angenommen:

„Die heute am 5. Juli im Festsaal des Gewerkschaftshauses tagende, überaus stark besuchte öffentliche Versammlung der Buchbinder und Buchbinderarbeiterschaft Stuttgarts erklärt nach Entgegennahme des Berichts über die gepflogenen Verhandlungen ihr Einverständnis mit der Abschließung des neuen Tarifvertrags für Stunden- als auch Akkordarbeiter. Die Versammelten bedauern, daß es nicht gelungen ist, für solche Stundenarbeiter und -arbeiterinnen, die bereits einen höheren als den Minimallohn erhalten, eine allgemeine Lohnaufbesserung durchzusetzen, welche tariflich festgelegt sein müßte. Die Versammlung erwartet daher von den Prinzipalen, daß sie ihr in Leipzig gegebenes Versprechen, den genannten Arbeitern und Arbeiterinnen Zulagen zu gewähren, mit Inkrafttreten des neuen Tarifvertrags einlösen. Die Versammelten verpflichten sich, mit aller Energie dahin zu wirken, daß in allen Betrieben die Arbeitszeit als auch die Entlohnung nach den tariflichen Festlegungen eingehalten werden. Endlich versprechen die Versammelten, in allen Verhältnissen dahin zu wirken, daß die noch anorganisierten Personale unerbittlich dem Verbande als Mitglieder zugeführt werden.“

Die Versammlung wurde sodann mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

*

Wie aus diesen Berichten zu ersehen, hat sich der Anmut über den abgeschlossenen Tarif in allen drei Städten in der eigenen Weise Luft gemacht. Daß er in der schärfsten Weise in Berlin zum Ausdruck kam, ist verständlich, da es allseitig ausgestanden werden kann und muß, daß bei dem jetzt vollzogenen Abschluß unsere Berliner Kollegenschaft am ungünstigsten wegkam. Darüber waren sich auch die Unterhändler klar. Aber nicht zu vergessen ist der außerordentliche Vorteil, daß die Leipziger und Stuttgarter Kollegenschaft der Berliner um ein gutes Stück näher gekommen ist. In Stuttgart arbeitete der größte oder doch ein recht wesentlicher Teil seither noch immer untertariflich, 54 Stunden und in Leipzig gab es sonstiger Tarifdurchbrüche in Gülle und Fülle. Etwas derartiges darf es in Zukunft nicht mehr geben. Jetzt heißt es für uns, überall da mit der eisernen Faust dazwischen fahren, wo Versuche zur Umgehung des Tarifes gemacht werden. Der jetzt abgeschlossene Tarif, den unsere Kollegenschaft mit allen Zeichen des Unmutens annahm, soll auch in Wirklichkeit ein Minimaltarif bleiben und untertarifliches Arbeiten darf in Zukunft nicht mehr vorkommen. Weiter heißt es jetzt, den Tarif auch in den Betrieben zur Anerkennung zu bringen, die dem Verbande Deutscher Buchbinderarbeiterschaft nicht angehören und nicht vergebens wird unser Appell an unsere Mitglieder sein, alles aufzubieten, daß dieses Ziel erreicht wird. Unsere Kollegenschaft muß fest auf ihrem Recht verharren und alle Anerbieten seitens der Unternehmer oder deren Vertreter, die eine Umgehung des Tarifes zur Folge haben, sofort den Organisationsinstanzen melden. Solche Versuche müssen im Keime erstickt werden. An unserer Kollegenschaft selbst liegt es, ob und wie der Tarif eingehalten wird.

Aus der Chronik der Klassenkämpfe.

Rückschritt und Fortschritt.

F. P. Die andauernde Verteuerung der Lebenshaltung bedeutet für das arbeitende Volk Entbehrung und Rückschritt. Die jahrelangen Bemühungen und Kämpfe um die Hebung seiner sozialen Lage, die Früchte häßer Beharrlichkeit und opferfreudiger Solidarität sieht das organisierte Proletariat durch die Teuerungspolitik der besitzenden und herrschenden Klassen aufs ernsteste bedroht. Nicht nur, daß die Kaufkraft verringert wird; durch die Verringerung der Konsumtionsfähigkeit wird auch der wirtschaftliche Fortschritt und Aufschwung, wird auch die Reihung der Arbeitsgelegenheiten aufgehoben und erschwert.

Da ist es nun ganz natürlich, daß die Arbeitskämpfe sich verschärfen und häufen. Das organisierte Proletariat sieht sich zu immer neuen Forderungen zunächst auf wirtschaftlichem Gebiet durch den erbarmungslosen Kapitalismus, durch die eigennützigste Verteuerungspolitik der besitzenden und herrschenden Klassen gezwungen. Die Forderungen des arbeitenden Volkes sind notwendig und berechtigt, und es ist für die Profitsucht und das Machtgelüste der besitzenden Klassen bezeichnend, daß die Berechtigung der proletarischen Forderungen geleugnet wird. Besonders die industriellen Scharfmacher erschweren die Hebung der sozialen Lage des arbeitenden Volkes, indem sie den Arbeiterforderungen die Berechtigung absprechen und ihnen die von Profitsucht diktierte Gewaltpolitik der Unternehmerverbände entgegensetzen. Um aber ihrem Vorgehen den Schein der Berechtigung zu geben, behaupten sie, es gelte, ihre Betriebe vor der Herrschaft der sozialdemokratischen Gewerkschaften und vor dem Ruin zu schützen.

Die gewerkschaftlichen Erfolge beweisen aber das Gegenteil. Sind die gewerkschaftlichen Forderungen nach den Behauptungen der Arbeiterfeinde erst ganz unerfüllbar, so stellt sich regelmäßig nach ihrer endlichen Erfüllung die Hölle und Unnahschaffigkeit der scharfmacherischen Behauptungen heraus.

Ausgedehnte Kämpfe gehen im Wädergewerbe vor sich, Kämpfe, die nur zu deutlich die Berechtigung der Arbeiterforderungen und die Profitsucht der Unternehmer offenbaren. Typisch ist der Kampf im Berliner Wädergewerbe. Die zu einem Interessentenverband vereinigten 17 Wädler-Innungsvorstände von Groß-Berlin lehnten den Schieds-

spruch des Einigungsamtes ab, resp. setzten die Ablehnung durch. Es kam zur Arbeitseinstellung. Die Unternehmer glaubten, die Gesellschaft habe nicht die zu einem Kampf nötigen Mittel zur Verfügung. Aber schon am Tage des Streikbeschlusses liefen gegen 1000 Bewilligungen ein. Das Lohngebiet umfaßt 3400 Wädereien mit 7000 Gehilfen, von denen etwa 5000 im Zentralverband der Wädler und Konditoren organisiert waren. Wenige Tage später hatten 2157 Wädereien mit 4237 Wädern, 295 Konditoren und 552 Lehrlingen die Forderungen bewilligt, so daß der Streik bereits als für die Arbeiter günstig beendet angesehen werden konnte.

Ebenfalls durch brutales Herrenmenschtum und durch Ablehnung des Schiedspruches des Einigungsamtes seitens der Unternehmer zeichnet sich der Kampf im Hamburger Holzgewerbe aus. Die Ablehnung erfolgte in einer von 500 Personen besuchten Versammlung der Unternehmer einstimmig. Herr Gurlikt erklärte in der Versammlung: „Der Holzarbeiterverband ist am Ende seiner Leistungsfähigkeit angelangt und steht kurz vor seiner vollständigen Niederlage.“ Er überließ bloß die Tatsache, daß, wenn nicht die Betriebe durch genügende Ersatzkräfte aufrechterhalten werden können, von einer Niederlage der Gewerkschaften bei dem tiefen Solidaritätsgelühl und der großen Opferfreudigkeit der organisierten Arbeiterkraft niemals die Rede sein kann. Der ehemalige Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Bueck, rief vor Jahr und Tag dem Unternehmertum zu: „Wenn Sie wissen wollen, was Opferfreudigkeit ist, so bilden Sie auf die sozialdemokratischen Gewerkschaften.“ Selbstverständlich erklärte der Vorstand des Holzarbeiterverbandes, daß von einem Nachgeben nicht die Rede sein könne, selbst wenn der Kampf noch Monate dauern würde. — Die Streikenden befanden ihren Willen, dem Schiedspruch zuzustimmen, weil er den paritätischen Arbeitsnachweis mit dem Obligatorium — wenn auch im beschränkten Sinne — entfällt. Eine nochmalige Einladung des Gewerbegerichtsvorsitzenden Dr. Bohnen zu Verhandlungen wurde vom Arbeitgeberverband rundweg abgelehnt. — Die Zahl der Streikenden beläuft sich auf rund 5000 Personen. —

Die Unternehmer vermögen das unauffällige Wachstum der modernen Arbeiterbewegung nicht zu hindern. Anfang Juni zählte der Deutsche Metallarbeiterverband 500 000 Mitglieder; ein prächtiger Erfolg nach 20 Jahren rastloser Arbeit. Ebenfalls Anfang Juni meldete der Bauarbeiterverband eine Mitgliederzahl von 300 000. Das sind anspornende Erfolge proletarischer Solidarität und Opferfreudigkeit, Erfolge gewerkschaftlicher Aufklärungsarbeit! Müßt Euch nur, Ihr Arbeiterfeinde aller Richtungen! Müßt Euch nur weiter wie bisher, die Gewerkschaften zu vernichten, wir verzeichnen gern die schönen Erfolge Eurer Bemühungen. Denn Eure Bemühungen befruchten die gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit, spornen das Proletariat zur Klassen-solidarität!

Auch der Gewerkschaftskongreß stand im Zeichen des Fortschritts und der Entwidlung. Die tatkräftige Förderung des Fortschritts ist um so notwendiger, da sich der Rückschritt — besonders auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet — breiter macht als je zuvor. Die nunmehr beschlossene Reichsversicherungsordnung bedeutet nicht nur Rückschritt, sie bedeutet Vernichtung und Verrat der Volksinteressen. Durch erweiterte Befugnis der Aufsichtsbehörden ist das Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen nunmehr verkleinert und vernichtet. Die sogenannte Hinterbliebenenversicherung ist nichts als eine Verhöhnung der Witwen und Waisen, Mutter- und Kindeschutz wird brutal verweigert und die proletarische Mutter auf dem Lande ist minderem Rechts. — Dieses Dokument der Reaktion und des Rückschritts wurde unter Niedertrampeln aller sozialdemokratischen Verbesserungsanträge in wenigen Gewaltstößen des Reichstages durchgedrückt und in der Gesamtabstimmung von allen bürgerlichen Parteien akzeptiert, mit Ausnahme eines Dänen und 9 fortschrittlichen Abgeordneten. Die bürgerliche Reaktion hat dem Rückschritt zum Siege verholfen, aber nur, weil der proletarische Fortschritt ihr gefährlich zu werden droht.

Der Fortschritt ist stärker als der Rückschritt. Und wenn auch einmal dem Anschein nach der Rückschritt an Boden gewinnt, so ist sicher anzunehmen, daß der Fortschritt den vorübergehenden Gewinn des Rückschrittes bewirkt hat. Die kommenden Neuwahlen zum Reichstag werden das beweisen. Sie finden im Januar 1912 statt. Möge der sozialdemokratische Parteitag, der vom 10.—17. September in Jena tagen wird, zu den Erfolgen des Wahlkampfes beitragen.

Aus unserem Beruf.

Die Zentralrentenkasse in Leipzig.

Nach dem vorliegenden Jahresbericht von 1910 hat sich die durchschnittliche Mitgliederzahl der Zentralrentenkasse von 10275 im Jahre 1909 auf 10459 erhöht. Arbeitsunfähig krank meldeten sich von diesen 3413 oder 32 1/2 Proz. (1909: 33 1/2), Krankheitsstage waren 86516 zu berechnen, jeder Krankheitsfall dauerte 2 3/4 Tag. Gestorben sind 74 Mitglieder, die ein Durchschnittsalter von 46 1/2 Jahren erreichten. Das Rassenvermögen beziffert sich auf 300 931,04 M.

Unternehmer tagungen.

Der Verband selbständiger Buchbinder Sachsens hielt seinen zweiten Verbandstag in Rauen auf 10.—12. Juni ab. Nach der Erstattung der Jahres- und Kassenerichte genehmigte die Versammlung eine vom Vorstande entworfene Eingabe an das Kultusministerium, in welcher unter Bezugnahme auf die im Gange befindliche Umarbeitung des Schulgesetzes von 1873 ersucht wird, den Vertrieb von Schulbedarfsartikeln durch Lehrer, Schulhausleute usw. für alle Zukunft zu unterjagen. Die Veranstaltung einer Sächsischen Handwerksausstellung 1914 in Dresden wurde gutgeheißen und die Beteiligung des Buchbinderhandwerks an derselben beschlossen. Eine umfangreiche Aussprache entwickelte sich über die Mißstände im Gesangbuchhandel. Die Versammlung stimmte hierbei der Beteiligung des Verbandes an einer Eingabe des Verbandes sächsischer Gesangbuchfabrikanten an das evangelisch-lutherische Landeskonfistorium zu, in welcher um Abstellung der Uebelstände ersucht wird und beschloß noch eine eigene Eingabe an das Konfistorium wegen Festsetzung von Mindestpreisen für zwei untere Arten von Gesangbucheinbänden. Nachdem wurden interne Verbandsangelegenheiten (Berichte über verschiedene Eingaben an das Ministerium, Werbung neuer Mitglieder und Gründung von Innungen) behandelt. Beschlossen wurde noch eine Eingabe an das Kultusministerium, worin dasselbe ersucht wird, die Bezirkschulinspektoren anzuweisen, ein Verzeichnis der in ihrem Bezirke benötigten Schulbücher 10 Wochen vor Bedarf den Buchbindern in geeigneter Weise zugänglich zu machen.

Geschäftsergebnisse.

Die Generalversammlung der Luxuspapierfabrik Heymann u. Schmidt in Berlin setzte die Dividende pro 1910 auf 4 Proz. fest. Der Betriebsgewinn betrug 411 333 M., und der Gesamtgewinn 434 602 M. Nach Abzug der Unkosten mit 146 465 M. und Verwendung von 207 550 M. verbleibt ein Reingewinn von 80 586 M. Das Ergebnis war dem Geschäftsbericht zufolge dadurch ungünstig beeinflusst, daß bei steigenden Fabrikations- und Betriebskosten die Verkaufspreise infolge zu großen Angebots heruntergingen und die Gesellschaft von Verlusten, besonders in Amerika, betroffen wurde. Von der im Herbst v. J. abgeschlossenen Konvention der führenden Postkartenfabriken erfolgte die Verwaltung wieder ein normales Geschäft. Die bisher vorliegenden Aufträge sind etwas größer als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Angünstiger schloß die Luxuspapierfabrik in Lix., vorm. Hofstein u. Lange in Berlin ab. In der Bilanz dieser Gesellschaft stehen Grundstücke und Gebäude mit 650 000 M. zu Buch; diesem Betrage steht eine Hypothekenschuld von 700 000 M. gegenüber. Der Verlustforttag beläuft sich auf 967 518 M., bei einem Aktienkapital von 1 Million Mark.

Aus Handelskammerberichten.

Mürnberg. Kartonnagen, Portefeuille- und Schreibwaren. Die Berichte sprechen sich im allgemeinen günstig über die Geschäftslage aus. Das Aufleben des Gewerks in der Spielwarenindustrie hat auf diese Branche anregend eingewirkt. Eine aufstrebende Konjunktur war zu konstatieren. Eine Firma berichtet über Mangel an gelernten Arbeitskräften, eine andere über Mangel an ordentlichen Arbeitsmädchen. Ueberstunden waren infolge der neuen Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht zulässig. Leider war eine fortgesetzte Wägen unter der Arbeiterschaft zu beobachten, die dazu führte, daß am 21. November in verschiedenen größeren Betrieben gekündigt werden mußte. Der hierauf folgende Streik war Ende des Jahres noch nicht beigelegt.

Im gleichen Jahresbericht schreibt der Verband Süddeutscher Kartonnagenfabrikanten (E. R.): „Das Geschäftsjahr kann im allgemeinen als günstig be-

zeichnet werden, wenn es auch nicht die Erwartung ganz erfüllte, die man im Vorjahre auf das Jahr 1910 gesetzt hatte. Die Spielwarenindustrie übte einen ziemlichen Einfluß zugunsten der Kartonnagenindustrie aus. Forderungen aller Art für Eisenbahnen usw. wurden das Jahr hindurch verlangt. Das Geschäft in Schutzkartons litt stark unter auswärtiger Konkurrenz. Lebkuchenschachteln hatten guten Absatz, desgleichen runde und ovale Schachteln für pharmazeutische Zwecke. Luxuskartonnagen hätten mehr gefragt werden können, besonders Füllartikel, für welche die Exportaufträge vielfach ausblieben. Gegen Ende des Jahres trat enormer Bedarf in Postkartons ein. Für die Bleistiftindustrie ging die Beschäftigung im dritten Quartale infolge der Ausförrung der Bleistiftarbeiter bedeutend zurück, so daß auf Lager gearbeitet werden mußte. Nach Beendigung der Ausförrung trat dann kurz vor Weihnachten ganz bedeutende Nachfrage ein. Die Preise der Rohmaterialien waren langsam gestiegen, doch konnte über Mangel an Material nicht geklagt werden.

Die Arbeitslöhne erfuhr infolge Mangels an geübten Leuten freiwillige oft bedeutende Aufbesserungen. (?) Troßdem traten Ende November die Leute infolge Verhekung (durch die ungenügenden Löhne selbstverständlich, D. Red.) in mehreren Betrieben in den Ausstand, und zwar gerade in denjenigen Betrieben, welche, wie Bleistiftkarton- und Postkartonfabriken, vor Weihnachten mit Arbeit überladen waren. Durch tabellose Organisation der Arbeitgeber konnte die Unzufriedenheit beendet und endete der Streik nach 7wöchiger Dauer mit Ablehnung des verlangten Tarifvertrages.“

Die Besitzer chromolithographischer Kunstanstalten in Nürnberg und Fürt h berichten: „Im Jahre 1910 hat die chromolithographische Industrie, die schon seit Jahren mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, leider eine merkwürdige Besserung im allgemeinen nicht zu verzeichnen. Einige Betriebe waren zeitweilig, wenn auch nicht voll, so doch betriebend beschäftigt. Es war aber auch dies einerseits nur unter Opfern möglich, die in Anbetracht der ungünstigen Handelsverträge durch erhebliche Preisermäßigungen gebracht werden mußten, andererseits durch infolge von Arbeiterbewegungen verursachte Ausstände und dadurch bedingtes Nachholen der Veräumnisse veranlaßt. Vielfach mußte auf Lager gearbeitet werden, um nur die Arbeiter zu beschäftigen und deren Entlassung zu verhüten. Der Export dürfte wieder einen weiteren Rückgang zu verzeichnen haben. Namentlich hat die Einfuhr von Italien, wie auch keramischen Abziehbildern nach den Vereinigten Staaten von Amerika schwer unter den neuen Zollverhältnissen gelitten, meist sogar ganz aufgehört. Amerika erhebt für die gangbarste Sorte Abziehbilder nicht weniger als 6 M. per Kilo (per engl. Pfund 65 Cents) Zoll, nur um das deutsche Fabrikat auszuführen! Auch abgesehen von den Abziehbildern lassen die Amerikaner jetzt zumeist nur noch in Deutschland lithographieren und drucken dann selbst. Ihre Fabrikate z. B. Postkarten in Chromobrud bringen sie jetzt sogar schon in ziemlich großen Mengen auf den deutschen Markt. England sucht seinen Bedarf immer mehr in eigenen Lande zu decken, Frankreich ist durch den hohen Zoll ganz verschlossen und in den übrigen Ländern, soweit sie überhaupt noch deutsche Erzeugnisse in größeren Mengen aufnehmen, ergeben sich aus den Zollverhältnissen, u. a. auch durch wechselnde Auslegung der Tarifbestimmungen wie in Oesterreich-Ungarn, solche Schwierigkeiten, daß die Konkurrenz auf den dortigen Märkten immer schwerer fällt. Es kommt hinzu, daß die ausländischen Industrien auch durch auswandernde deutsche Arbeiter unterstützt werden, infolgedessen diese die durch langjährige Mühe und durch die Findigkeit der deutschen Unternehmer verbesserten und als Betriebsgeheimnis geschützte Betriebsmethoden dort zur Anwendung bringen und so den deutschen Unternehmer des durch lange Arbeit erreichten Vorsprunges berauben. Es ist nur natürlich, daß infolge dieser Verhältnisse die Konkurrenz in den beschränkten ausländischen Absatzgebieten und namentlich im Inlande sich verschärft, und daß in letzterer Folge die Preise gedrückt werden. Hierzu trägt außerdem im Inlande auch noch das Submissionswesen bei. Auf der anderen Seite erhöhen sich aber — gleichfalls infolge der Einschränkung des Absatzes — für die Verlagsfirmen die Kosten. Während es unter den früheren Verhältnissen noch möglich war nach Frankreich, Rußland, Oesterreich und der Schweiz Verlagsartikel in größerem Maße einzuführen und so die teuren Preise des Originals und der hohen Herstellungskosten der lithographischen und Buchdruckplatten auf ein größeres Quantum zu reparieren, kann letzteres jetzt immer weniger geschehen, da die Auflagen kleiner gemacht werden müssen, so daß auf jedes Stück ein größerer Kosten-

teil entfällt. Eine weitere Kostensteigerung ist durch Erhöhung der Löhne, einzelner Materialpreise und der Steuern eingetreten.

Schwer beunruhigt und geschädigt wurde unsere Industrie durch fortwährende Lohnbewegungen. Diese haben zur Folge, daß Terminarbeiten gar nicht mehr übernommen werden können, und dadurch wiederum eine Reihe ausländischer Auftraggeber veranlaßt worden, seit Jahrzehnten hier ausgeführte große Aufträge zurückzunehmen und sie im eigenen Lande zu vergeben, obwohl die dortige Industrie gleich gute Erzeugnisse nicht herzustellen vermag. Verschiedene Betriebe mußten aus diesem Grunde ihre Arbeiterzahl reduzieren.

Sehr schwer wurde außerdem die chromolithographische Industrie durch die Bestimmungen des § 137 Absatz 2 des neuen Gewerbegesetzes getroffen, nach welcher die Arbeiterinnen, die bei der Eigenart unserer Industrie meist mit männlichen Arbeitern Hand in Hand tätig sind, an den Vorlagen vor Sonn- und Festtagen nur 8 Stunden beschäftigt werden dürfen. Die zur notwendigen Ausnutzung der Maschinen erforderliche tägliche Normleistung wird durch die erwähnte Kürzung an den genannten Tagen nicht erreicht, ohne daß infolge der in unserer Branche eigenartig gelagerten Umstände durch Einholung dieser ausfallenden Stunde an den Tagen vorher der Verlust ausgeglichen werden könnte. Dieser Umstand bedeutet einen großen Schaden für die Betriebe, dessen Folgen noch nicht abzusehen sind.

Daß unter diesen Umständen keine günstigen Geschäftsergebnisse erzielt werden konnten, liegt auf der Hand. Leider läßt auch die Zukunft keine Besserung erhoffen. Einzelne Betriebe greifen deshalb zu dem Ausfuhrsmittel, im Auslande arbeiten zu lassen, und es hat den Anschein, daß das in den folgenden Jahren in noch größerem Umfange geschehen wird.“

Die Erlanger Portefeuille- und Schreibwarenfabriken waren sehr gut beschäftigt und es konnten Mehrumsätze erzielt werden. Die Besserung ist auf die allgemein günstigeren Absatzverhältnisse zurückzuführen. Leder und Gewebe sind im Preise gestiegen, während Preiserhöhungen für die Fabrikate nur bei neuen Mustern in Berücksichtigung gezogen werden konnten. Die Arbeitslöhne sind im Durchschnitt wieder um 3—4 Proz. gestiegen. (?) In den Herbstmonaten mußte, wie in jedem Jahre, mit Ueberstunden des männlichen Personals gearbeitet werden. Das gesamte Arbeitspersonal war ohne Unterbrechung und ohne Verkürzung beschäftigt. Für Qualitätsware ist Mangel an Arbeitskräften mit guten Leistungen.

Die Aenderung des französischen Zollsaßes für Artikel in Kaliko, die bis dahin als cartonnage décoré mit 70 Franz bezollt wurden, jetzt aber als maroquinerie dure 170 Franz zahlen, hat die früher nicht unbedeutende Lieferzug dieser Waarengattung nach Frankreich u n m ö g l i c h gemacht. Angeblich unterblieb die beabsichtigte erhebliche Erhöhung des Zolles auf Spielwaren, weil dagegen die Nichterhöhung des Zolles auf französische Schaumweine zugefagt war. Dagegen habe dann die französische Regierung, als der Schaumwein Zoll doch erhöht wurde, jene Gegenmaßregel ergriffen, die eine deutsche Industrie von Bedeutung tiefgreifend schädigte. Wenn eine bezügliche offizielle Zusage, wie anzunehmen ist, der französischen Regierung nicht gemacht wurde, so ist es doch Tatsache, daß in einem Artikel des „Matin“, der offensichtlich von deutschen Interessenten an der Revision des französischen Tarifs beeinflusst war und vor der Verhandlung über den Zolltarif im Saal erschien, darauf hingewiesen war, daß die Zollerhöhung auf deutscher Seite durch höhere Zölle auf wichtige französische Ausfuhrartikel, Schaumwein und Blumen, erwidert werden könne. Daß man in Frankreich Treu und Glauben verlegt sah, kann sich daraus erklären.

Gera. Der Geschäftsgang in der Gesangbücherfabrikation war während des ganzen Jahres sehr reg. Leider machte sich jedoch die Konkurrenz einer österreichischen Gesangbuchsabrik sehr fühlbar, die den deutschen Gesangbuchfirmen gegenüber dadurch bedeutende Vorteile hat, daß sie die fertigen Gesangbücher zollfrei nach Deutschland einführen kann, während die deutschen Fabriken auf die Gesangbuchscheitel, die nur aus Oesterreich bezogen werden können, einen zum großen Teil sehr hohen Zoll bezahlen müssen. In der Geschäftsbücher- und Musterkartenfabrikation war das Ergebnis für das Jahr 1910 zufriedenstellend. In allen Abteilungen waren die Betriebe fast vollständig beschäftigt. Der Umsatz war wiederum etwas größer als im Vorjahre.

Buchkunstausstellungen und -sammlungen.

Die dem Münchener städtischen Archib und der Stadtbibliothek gehörige Sammlung kostbarer Hand-

schriften, Handzeichnungen, Buchdrucke usw. ist vom 11. Juni bis 27. August 1911 an den Sonntagvormittagen von 10 bis 12 Uhr zur unentgeltlichen Besichtigung geöffnet. Der Eingang befindet sich innerhalb des Foyes der Stadtbibliothek, Burgstraße 4, im Erdgeschoss.

In der Zeit vom 2. Juli bis 13. August d. J. findet in den Räumen des Pfälzischen Gewerbemuseums zu Kaiserslautern eine 1. Pfälz.-Ausstellung von Buchbinderarbeiten statt, welche durch die „Freie Innung selbständiger Buchbindermeister der Pfalz“ und das Pfälz. Gewerbemuseum veranstaltet wird. Die in vier Gruppen gegliederte Ausstellung wird neben Buchbinderarbeiten von Innungsmitgliedern, Kunstbuchbinderarbeiten der Gegenwart und der Vergangenheit und alle Arbeitsbehelfe der Buchbinderei an Materialien, Werkzeugen und Maschinen zur Ausstellung bringen. Zu allen Gruppen liegen zahlreiche Anmeldungen vor. Zu Gruppe Kunstbuchbinderarbeiten der Gegenwart haben die namhaftesten Kunstbuchbinder in Berlin, Hamburg, Leipzig, Dresden, Hannover, Stuttgart, Weimar, Elberfeld, Straßburg, Krefeld, Freiburg, Lüdingen usw. hervorragende Arbeiten angemeldet, während der historische Teil Bucheinbände früherer Zeit, infolge der Unterstützung durch die bayerische Hof- und Staatsbibliothek, das Germanische Nationalmuseum, das Pfälzische Gewerbemuseum, Private u. a. hochbedeutende Arbeiten vorführen wird.

Das Deutsche Buchgewerbemuseum in Leipzig, welches sich aus der Bücherammlung des deutschen Buchgewerbevereins und der Kgl. Sächsischen Bibliographischen Sammlung zusammensetzt, hat jetzt eine überaus wertvolle Bereicherung erfahren, indem eine Karlsbader Sammlung von 400 alten Bucheinbänden erworben werden konnte, die aus ganz ausgezeichneten Stücken alter Buchbinderkunst besteht. Das Deutsche Buchgewerbemuseum gibt nunmehr ein so geschlossenes Bild von der Geschichte des Bucheinbandes, wie es auch größere Museen nicht zu überbieten vermögen.

Einbandstoffe.

Wie mitgeteilt wird, hat der Deutsche Bibliothekartag, der im vorigen Jahre in Nürnberg stattfand, zur Untersuchung der Einbandmaterialien eine Kommission eingesetzt. Nachdem diese Kommission sich im Februar mit der Untersuchung des Leders beschäftigt hatte, hat sie vom 29. bis 31. Mai über Pergament, Webstoffe, Bezug- und Vorsatzpapier, die Buchbindermaterialien und die Technik der Buchbinderei Beschlüsse gefaßt. Der Deutsche Bibliothekartag, der am 8. und 9. Juni in Hamburg stattfand, hat diese Beschlüsse genehmigt. Diese werden im nächsten Heft des „Zentralblattes für Bibliothekswesen“ abgedruckt und dann auch der Presse zugänglich gemacht werden. Wenn es gelingen sollte, durch die Aufstellung von bestimmten Vorschriften und Normen die Haltbarkeit der Einbandmaterialien zu verbessern und den Bibliotheken die Möglichkeit zu geben, einwandfreie Stoffe für ihre Einbände auszuwählen, dann ist das Vorgehen des Bibliothekartages nur zu begrüßen.

Die Kartonnagen-Industrie von Chemnitz und Umgebung.

Bis zum Jahre 1907 kannte die Karton- und Kartonnagenfabrikation keine schlechten Zeiten. Im genannten Jahre trat erstmalig die Krise auch in dieser Branche in Erscheinung. Der die Entwicklung der Warenerzeugung kennt, der weiß, daß das so kommen mußte. Die Verpackungsfabrikation hatte ihren Höhepunkt erreicht, d. h. neue Absatzgebiete zu erobern, war nicht mehr möglich. Soweit wir die allgemeine Lage zu überblicken vermögen, hat sich der Geschäftsgang im vergangenen Jahre — zum Teil bis zum flottesten — wieder gehoben. Nur für Chemnitz, Limbach und Umgegend trifft das nicht zu. Hier ist die Strumpf- und Handschuhfabrikation zu Hause, die mit weiten Absatzgebieten im Ausland zu rechnen hat. Diesen Industrien ist durch die herrliche reichsdeutsche, von dem schwarz-blauen Mod beschlossene Zollgesetzgebung ein mächtiger Stoß berührt worden, der sich naturgemäß auf die abhängige Kartonbranche überträgt. Bei unserer Kollegen-schaft äußert sich das in Arbeitslosigkeit und Aussehen, so daß besonders die Kolleginnen versuchen müssen, in anderen Industrien Unterschlupf zu finden.

Bei den Chemnitzer Kartonnagenfabrikanten übt dazu der Wettbewerb seit einigen Jahren eine unheilvolle Tätigkeit aus. Nun klären wir ja unsere Kollegen-schaft noch immer dahin auf, daß sie ein solches Mißgeschick ihres Prinzipals nicht allzu traurig nehmen sollen, da diese trotz alledem noch zu leben

berstehen und es durchaus nicht nötig ist, großes Mitleid an den Tag zu legen. In den meisten Fällen ist ja so eine Pleite für die Firma nur ein angenehmer Reinigungsprozeß. Sie gleichen Menschen, die jahrelang nicht baden gingen, denen es dann aber doch einmal einfällt, dies zu tun, um wieder als anständige Menschen zu gelten.

Flotte Geschäftszeiten — die fetten Jahre bis 1907 — hat man auf beiden Seiten ungenükt vorüberstreifen lassen. Die Nacht wurde zum Tage gemacht, es wurde bis in die Rippen geschuftet und dabei von unserer Kollegen-schaft etwas über den Durchschnitt verdient, hingegen verdienten die Fabrikanten vor 5 und mehr Jahren Geld wie Heu. Doch heute sieht es auf beiden Seiten traurig aus, auch die Chemnitzer Kartonnagenfabrikanten befinden sich jetzt in einer wenig angenehmen Lage, durch eigene Schuld. Sie haben es nicht verstanden, infolge ihrer Uneinigkeit, die Preise für die Fabrikate zu halten und sie sind heute tatsächlich so schlimm dran, daß sie sich die Preise für ihre Fabrikate von den Exporteuren vorschreiben lassen müssen. Die Exportkonturrenz treibt so alle Blüten, daß nur unter äußerster Kraftanstrengung sich die besseren Geschäfte halten können. Ein Beispiel hierfür:

100 Strumpfsoden-Kartons kosten an Herstellungskosten und Gewinn 6,50 bis 6,75 M. Eine Firma mit etwa 35 Leuten leistet im Durchschnitt 4000 Stück pro Tag = 260 M., ab 6 Proz. Skonto bei 31 Tagen Ziel = 16,80 M., bleibt 243,20 M. Für Material und Arbeitslohn muß aufgewendet werden = 216 M. Unternehmergewinn = 27,80 M. Nun werden diese Kartons den Exporteuren schon für 5 M. und 5,50 M. pro 100 Stück angeboten. Nehmen wir hier selbst das höchste Angebot von 5,50 M. an, so ergibt das bei 4000 Stück 220 M., wobei denn 4 M. pro Tag Unternehmergewinn verbleibt. Daß bei solchen Preisangeboten die Böhm zurückgehen müssen und nicht steigen, dürfte jedem klar sein und daß solche Preisdrückereien darum eine unheilvolle Wirkung ausüben, ist ebenso verständlich. Nun find nach der derzeitigen Lage die Fabrikanten vollständig ohnmächtig, daran etwas zu ändern. Hier bessernd eingreifen und eine Aenderung zum Nutzen der ganzen Branche herbeiführen kann nur die Arbeiterschaft. Und wir sind auf dem besten Wege dazu, unsere Zahlstelle nimmt täglich mehr an Mitgliedern zu. Aber wenn wir einmal soweit sind, vorgehen zu können, dann wird es uns so gehen, wie es noch immer und stets gegangen ist: da wird es heißen, die Forderungen der Arbeiterschaft sind unberücksichtigt, unzumutbar, unerfüllbar. Das wird es heißen, trotzdem wir dann erst der Teil sind, der dazu beiträgt, eine Gesundung des Gewerbes herbeizuführen. Dann wird man uns noch wie überall um unseren berechtigten Lohnanteil bringen wollen.

Auch die Firma Effso, Boffe u. Co. schreit ja Zeter und Mordio, wenn die Arbeiterschaft der Kartonnagenbetriebe sich erdreißet, tarifliche Forderungen zu stellen. Da wollen wir diesen Herren vom Verband der Kartonnagenfabrikanten etwas ins Stammbuch schreiben. In Nr. 51 der „Kartonnagen-Zeitung“ vom Vorjahre schreibt der Herr Verbandsangestellte — er selbst würde sagen „Beker“: „Chemnitz selbst ist ein Bild innerer Zerrissenheit, Zersplitterung, Haß und Mißtrauen. Dementsprechend ist kein klares Urteil zu gewinnen als bloß das einzige: Traurige Zustände, was auch durch die leider allzu oft in den Zeitungen berichteten Zahlungsschwierigkeiten bestätigt wird. Eine Anzahl hat zwar sehr gesunde Ansichten und entsprechende Erfolge, dem anderen Teile dagegen ist scheinbar nicht zu raten und auch nicht zu helfen.“ Diese Charakteristik unserer Fabrikanten und der hiesigen Verhältnisse sind ohne Zweifel zutreffend, nur wissen wir nicht, ob der Teil von Fabrikanten mit den gesunden Ansichten derjenige Teil ist, der da schon längst wünscht, daß die Arbeiterschaft einmal einen Vorstoß wagen sollte? Solche gibt es nämlich hier in Chemnitz. Wir vermuten, daß gerade diesem Teil das Unrecht widerfährt — soweit uns wenigstens die Ansichten der Leiter vom Kartonnagen-Fabrikantenverband bekannt geworden sind — in den Topf geworfen zu werden, in dem das Kraut: „Wem nicht zu raten ist, dem ist auch nicht zu helfen“ gebräut wird. Die Verhältnisse in Chemnitz sind treffend geschildert. Zerrissenheit, Zersplitterung, Haß, Mißtrauen, Zahlungsschwierigkeiten sind vorhergehend. In Chemnitz war die Kartonnagenarbeiterschaft bisher eine rückständige, so rückständig als das Unternehmertum selbst. Ueber Lohnforderungen können sich die Unternehmer nicht beschweren. Es kommt den Chemnitzer Fabrikanten außerdem noch zugute, daß sie um weibliche Arbeitskräfte nicht berlegen sind. Tarifliche Verhältnisse bestehen nicht, ein Zwang konnte bisher noch nicht ausgeübt werden. Die Lohnzahlung erfolgt also nach „Gutdünken“ und wie, somit vollständig nach Unternehmerherzen.

Nun vergleiche man die Chemnitzer mit den Limbacher Verhältnissen. Hervorgehoben muß dabei werden, daß so ziemlich die gleichen Fabrikate hergestellt werden und erschwerend im Arbeitsprozeß kommt für Limbach in Frage, daß Arbeiterinnen fast gar nicht zu haben sind. In Limbach bestehen seit 1906 tariflich geordnete Arbeitszeit und Löhne. Die Lohnverhältnisse sind im Durchschnitt nicht niedriger als die in Chemnitz. Aber eine solche trotzlose Lage der Fabrikanten wie in Chemnitz besteht in Limbach nicht und kann nicht aufkommen, weil die Limbacher Fabrikanten den Tarif hochhalten und infolgedessen eine solche erbärmliche, die ganze Industrie ruinierende Preisdruckerei nicht betreiben werden kann. Sie sind gezwungen, Preis zu halten und haben durch das Vorgehen der Arbeiterschaft selbst mit profitiert insofern, als dadurch die Unternehmer gezwungen waren, sich selbst zusammenzuschließen. Zahlungsschwierigkeiten sind in Limbach bisher noch nicht zu verzeichnen gewesen.

Ohne Zweifel kann durch diese Gegenüberstellung beider Orte nur zugunsten Limbachs entschieden werden, wo durch die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse solche Auswüchse wie in Chemnitz ausgeschlossen sind. Der Verband der Kartonnagenfabrikanten kann sich ja einen Zahn ausbeissen, es wird ihm nicht gelingen, bestend auf die hiesigen miserablen Zustände einzuwirken zu können. Er wird hier wie anderswo erst Fuß fassen können, wenn die Arbeiterschaft das größere Stück Kulturarbeit verrichtet hat. Vielleicht gelingt es ihm auch nie, wenn er wie bisher unter vollständiger Vertrennung der beruflichen Verhältnisse durch allzu scharfes Auftreten schartig macht. Doch soll uns das wenig kümmern, uns ist der Weg vorgezeichnet, unser Ziel ist klar, nur wir als Arbeiter können vorerst bahnbrechend wirken.

Die Carifffrage in der Dresdener Kartonnagenbranche.

Als die Kartonnagen im Bunde mit den anderen Branchen im Jahre 1904 zum erstenmal versuchten, in Dresden einen Tarifvertrag für die Kartonnagenbranche einzuführen, nahm die daraus resultierende Bewegung einen ungeahnten Verlauf. Ueberraschend war das Anschwellen der Mitgliederzahl. Aber schon nach den ersten ersten Schritten zeigte sich, daß es ein Strohfeuer war, welches hier aufloberte. Wenn auch die älteren Mitglieder fest zu ihren Führern hielten, der größte Teil der Neueingetretenen verlor den Glauben an die eigene Kraft. Die Unternehmer, die sich untereinander sonst durch allerlei Konkurrenzmanöver zu schädigen suchten, fanden sich jetzt zusammen. Es gelang darum nur zum Teil, Zugeständnisse zu erringen. In den Betrieben, in denen es zum Streik gekommen war, mußte dieser nach kaum 14 Tagen abgebrochen werden, ohne daß etwas gewonnen war. Dieser Mißerfolg, der einem großen Teile, insbesondere den Kolleginnen den Mut zu weiteren Schritten nahm, war bedingt durch die gänzlich unzulängliche Schulung zu gewerkschaftlichen Massentaktionen. „Es nützt alles nichts, wir müssen doch wieder zurück ins alte Joch“ ist sicher bei vielen von Anfang an der Refrain zum Text gewesen.

Mehr noch als das mangelnde Selbstvertrauen aber tragen die Kollegen Schuld daran, daß im Laufe einer kurzen Zeit fast die gesamten errungenen Vorteile wieder verloren gingen. Sie konnten es leider nicht einsehen, daß ein immer festerer Zusammenschluß, ein festes Verharren am Werke die Möglichkeit gaben, das Veräurte unter besseren Bedingungen nachzuholen. Der größte Schaden, den das unsichere Verhalten der Kollegen-schaft von 1904 und nachher anrichtete, war das Aufgeben der vertraglichen und wörtlichen Zugeständnisse. An der Hand dieser wäre es vielleicht gelungen, später einen formellen Vertrag mit den Unternehmern abzuschließen.

Trotz dieser ungünstigen Lage hoffte doch noch ein Teil der Kartonnagen durch Beharrlichkeit zum Ziele zu kommen. Daß dies bis heute noch nicht gelungen ist, ist ein Beweis von der Schwere der Aufgabe. Da die ungünstigen Verhältnisse nicht zu ließen, daß es zu einer Aktion komme, so äußerte sich die Erbitterung über das Mißlingen des Planes von 1904 bei einer Anzahl der Beteiligten in einer nicht ruhenden Tätigkeit zur weiteren Aufklärung der Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen. Die Beteiligten können heute sagen, daß ihre Tätigkeit nicht vergebens war. Wohl ist es noch nicht gelungen, die indifferenten Kartonnagen zu einer stark organisierten Branche zu machen. Aber in einer Reihe von Jahren der Kleinarbeit gelang es, fast die Hälfte aller in der Kartonnagenbranche Beschäftigten zu organisieren. Jetzt stellt die Kartonnagenbranche mit über 1100 männlichen und weiblichen Mitgliedern den weitaus größten Teil der Dresdener Zahlstelle. Trotzdem kann heute noch nicht behauptet werden, daß die Kartonnagen von hier bald in der Lage sind, die Scharte von 1904 auszuweken. Dieser Beweis

muß erst erbracht werden durch rege Teilnahme an allen Veranstaltungen des Verbandes und der Branche. Hier könnte es sich zeigen, daß alle willens sind, das Verjämte nachzuholen. Vorläufig haben sich ja die Kartonnager selten durch guten Versuchungsbefuch usw. herbeigeführt. Muthlosigkeit ist immer noch vorhanden, obwohl gerade die Kolleginnen den wenigsten Grund zu einer solchen hätten. Denn sie wissen, daß sie stets gesucht sind und selten ist eine perfekte Kartonnagerarbeiterin längere Zeit arbeitslos. Als „Vertrauensmänner des Chefs“, wie die Zuschnneider von den Unternehmern selbst genannt werden, haben auch diese das Heft in den Händen, wenn sie wollen. Den Kartonnagern fehlt weiter nichts als wie ein jeder Wagemut.

Nicht immer aber wird es so bleiben. Erinnert sei nur an das immer weitere Umsichgreifen der Maschinenarbeit. Noch heute kann ein Unternehmer trotz verbesserter Maschinen nicht ohne gelerntes Personal auskommen. Aber die Maschine verdrängt das gelehrte Personal immer mehr und in manchen Betrieben arbeitet gelerntes und ungelertes Personal zusammen. Doch nichts vermochte den Durchschnittskartonnager aus seiner lethargie aufzuwecken. Ein wirksamer Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen aber ist der Arbeiterschaft einer Branche sicher, wenn sie ihre Kräfte in einer modernen Organisation vereinigt.

Aber gerade hier zeigt sich die Rückständigkeit der Kartonnager im hellsten Licht. Andere Branchen kommen mehr und mehr dazu, Arbeitsverträge, welche Lohn- und Arbeitsbedingungen für Männliche und Weibliche regeln, abzuschließen. Und das, obwohl in vielen Fällen nicht eine so langjährige Aufklärungsarbeit zu leisten ist. Diese ist erst jetzt durch den festen Willen, bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen. Den Dresdner Kartonnagern fehlt dieser ganz. Der alte Glaube an die sichere Brot- und Lebensstellung — aus welcher auch sie verdrängt werden, wenn sich ihre Kräfte und dadurch die Profite des Unternehmers vermindern — trägt Schuld daran. Nicht minder wie dieses aber ist es die Furcht, der Herr Chef könnte Uebles denken, wenn jemand einer modernen Anschauung, vielleicht dem Tarifgedanken, huldigt. Daß der Zentralverband der Kartonnagenfabrikanten beschlossen hat, Tarifverträge nicht abzuschließen, bringt das Gros der Kartonnager hier nicht auf den Gedanken, daß es vorteilhaft für die Arbeiterschaft sein muß, wenn sie Verträge abschließt. Wenn auch dieser Beschluß in der Hauptsache auf die der Organisation noch fernstehenden Unternehmer einwirken soll, so zeigt er doch die Furcht vor tariflichen Regelungen. Die Gegnerschaft der Unternehmer und die Indifferenz der Kartonnager ist so unmotiviert wie nur irgend etwas. Die Buchbinder haben durch den Dreistädte-Tarif geregelte Arbeitsbedingungen für die Städte Berlin, Leipzig und Stuttgart. Dadurch haben aber auch die Unternehmer des einen Ortes die Genugtuung, daß die Konkurrenz an anderen Orten nur unter denselben Bedingungen fabrizieren kann. Letzterer Grund ist für die Unternehmer sicher mitbestimmend gewesen, auf die Verträge einzugehen und betrachten wir den Werdegang dieses Vertrags, dann erkennen wir aus allem, daß derselbe nicht bloß von Nutzen für die Arbeiterschaft ist, sondern daß auch die beteiligten Unternehmerkreise aus ihm Vorteil ziehen. Die führenden Buchbindereibetriebe sind heute tariffreundlich, daß dies früher nicht der Fall war, beweisen die Kämpfe, die um den Tarif ausgefochten werden mußten.

Nach all diesem aber muß man sich wundern, daß die Dresdner Kartonnager nicht schon längst das Gute der Tarifverträge erfaßt haben. Die Frage, ob Akkord- oder Lohnscharif, will ich hier nicht ansprechen, sicher bin ich aber, daß auch diese Frage eine befriedigende Lösung finden würde. Wozu haben die Dresdner Kartonnagerarbeiter und -arbeiterinnen die Pflicht, für ein tiefes Eindringen des Tarifgedankens zu sorgen. Solidarität untereinander sowie Agitation ist Vorbedingung. Und wenn der aufgeklärte Teil der Kartonnager früher oder später versuchen wird, die Arbeitsverhältnisse zu regeln, dann muß die Waffe der Kartonnager wie ein Mann auf dem Plan stehen, um einen guten Erfolg zu verbürgen. Einigkeit ist unsere Kraft.

W. G., Dr.

Internationales.

Dänemark. Der Verbandstag. Der dänische Buchbinderverband hielt seine 6. Delegiertenversammlung in Odense ab. Anwesend waren 25 Vertreter. Dem Bericht, den der Verbandsvorsitzende Olesen über die Tätigkeit der seit dem vorigen Verbandstag verflorenen drei Jahre gab, ist zu entnehmen, dass es sich hier um eine Periode handelt, in der die Arbeiterschaft

unter wirtschaftlichen Krisen und grosser Arbeitslosigkeit zu leiden hatte. Von den Beschlüssen des vorigen Verbandstages hat der zur Erwerbung der Staatsanerkennung für die Arbeitslosenkasse sich besonders nützlich und vorteilhaft erwiesen. Der Redner erwähnte ferner die Lohnbewegung von 1910, die ja auf friedlichem Wege zu Ende geführt wurde. Das Ergebnis ist zwar nicht voll befriedigend, jedoch muss es, meinte der Redner, im Gegensatz zur Aussperrung von 1904 als vorteilhaft bezeichnet werden. Es sind an die Mitglieder des Verbandes in der verflorenen Periode grosse Anforderungen hinsichtlich ihrer Opferwilligkeit gestellt worden. Im Jahre 1908 war der grosse Konflikt in den graphischen Gewerben, der dem Verbands 3000 Kronen kostete, im selben Jahre kam die 19 Wochen dauernde Aussperrung der schwedischen Kollegen in Stockholm und Eskilstuna und im Jahre darauf der schwedische Generalstreik, wozu die dänischen Kollegen auch ihr Teil an Unterstützungsmitteln aufzubringen hatten. Die finanzielle Stellung des Verbandes bezeichnete der Redner als gut, abgesehen von der Streikkasse, für deren Stärkung gesorgt werden müsse, da man es doch nicht auf die Hilfe aus dem Auslande ankommen lassen, und der Gesamtverband der Gewerkschaften bei einem allgemeinen Konflikt in allen Berufen die statutenmässige Unterstützung nicht aufbringen könne. Die Mitgliederzahl des Verbandes war bei dem letzten Verbandstag 760 und am 1. April 1911 891. Die Zahl der Abteilungen ist unverändert, nämlich 10. Die Abteilung Horsens ist eingegangen, aber dafür ist in Randers eine neue Abteilung errichtet worden. Gemäss dem Beschluss des vorigen Verbandstages sind grosse Anstrengungen gemacht worden, um die Kartonnagerinnen zu organisieren; das ist jedoch bis jetzt nur in Aalborg geglückt, und ausserdem ist es gelungen, in Aarhus die Buchbindereiarbeiterinnen dem Verbands zuzuführen. Nach einer regen Diskussion, in der namentlich über den neuen Tarifvertrag gesprochen wurde, erklärte man sich einstimmig mit der Tätigkeit des Verbandsvorsandes einverstanden. Beschlossen wurde, die Ortsvorstände aufzufordern, nach wie vor ihre besondere Aufmerksamkeit auf die Organisation der Kartonnagerarbeiterschaft zu richten.

Dem Rechenschaftsbericht über die verflorenen Periode ist zu entnehmen, dass das Vermögen des Verbandes am Schlusse des ersten Quartals 1911 14 834,86 Kronen betrug, wovon 2231,62 Kronen den Bestand der Hauptkasse bilden, und 11 966,24 Kronen den Bestand der Streikkasse. Dazu kommt eine Aktie von 500 Kronen in der Arbeiterbrauerei „Stjernen“, ferner eine Aktie im Versammlungsgelände auf Nørrebro zu 5 Kronen und zwei Aktien in der Arbeiter-Lebensversicherung im Werte von 132 Kronen. Die Diskussion über den Kassenbericht drehte sich namentlich um die Frage, auf welche Weise man eine Stärkung der Streikkasse herbeiführen könnte. Der Kollege Olesen wies dabei vor allem auf die Opferwilligkeit hin, die man im deutschen Buchbinderverband zeigt, um für künftige Kämpfe gerüstet zu sein. Es wurde folgender Beschluss gefasst:

„Da die Arbeitsverhältnisse in den letzten Jahren sich derartig gestaltet haben, dass man trotz des im Beruf geltenden Tarifvertrages nicht sicher vor einem kommenden Konflikt ist, hält es die Delegiertenversammlung für durchaus notwendig, die Streikkasse zu stärken und beschliesst, folgenden Vorschlag den Mitgliedern zur Urabstimmung vorzulegen: Im November und Dezember jedes Jahres haben die vollzahlenden Mitglieder 25 Oere und die halbzahlenden Mitglieder 15 Oere wöchentlichen Extrabeitrag zu zahlen. Diese Beiträge fliessen direkt in die Streikkasse des Verbandes.“

Sodann wurden einige Aenderungen des Verbandsstatuts beschlossen, darunter die, dass die weiblichen Mitglieder der höchsten Lohnklasse durch Zahlung des für Gehilfen festgesetzten Beitrags sich dieselben Rechte sichern können, wie sie die männlichen Mitglieder besitzen. Zum Verbandsorgan lagen Anträge vor, es statt einmal zweimal monatlich erscheinen zu lassen und einen Redakteur anzustellen. Mit Rücksicht auf die grossen Unkosten wurden diese Anträge jedoch abgelehnt. Zu den Unterstützungsbestimmungen des Statuts wurde beschlossen, den Passus: „Erhält ein Mitglied auf der Durchreise Arbeit, so bekommt es keine Reiseunterstützung an dem Ort,“ zu streichen. Ferner wurde beschlossen, dass die unter 18 Jahre alten Mitglieder für dieselbe Anzahl von Tagen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben sollen, wie sie in der staats-

anerkannten Arbeitslosenkasse festgesetzt sind, der sie nicht angehören können.

Im übrigen teilte der Verbandsvorsitzende mit, dass zur Aufnahme von Statistiken verbesserte Fragebogen herausgegeben werden, und forderte auf, dass man sich in Zukunft mit mehr Eifer als bisher an dieser Arbeit beteiligen möge. Ausserdem gab Kollege Olesen Aufklärung über den skandinavischen wie über den allgemeinen internationalen Gegenseigkeitsvertrag und über die Rechte und Pflichten, die den Mitgliedern daraus erwachsen.

Als Verbandsvorsitzender wurde der Kollege H. Olesen einstimmig wiedergewählt. Der nächste Verbandstag soll in Kopenhagen stattfinden.

Die Arbeitslosenkasse. Im Anschluss an den Verbandstag fand die 1. Delegiertenversammlung der Arbeitslosenkasse der Buchbindereiarbeiter Dänemarks statt. Den Tätigkeitsbericht gab der Vorsitzende Olesen. Als die Arbeitslosenkasse als staatsanerkannte Kasse errichtet wurde, war ihr Vermögen 2765,73 Kronen, jetzt, am 31. März 1911, war das Vermögen auf 19 859,54 Kronen angewachsen. Die Mitgliederzahl war bei Errichtung der Kasse 755 und davon waren 494 männliche und 261 weibliche Mitglieder; im Jahre 1910 war die Mitgliederzahl 1093, nämlich 653 männliche und 440 weibliche. Dass die Kasse ein gut Teil mehr Mitglieder zählt als der Verband, beruht hauptsächlich darauf, dass Mitglieder, die zum Militärdienst einberufen werden, und ebenso ins Ausland reisende Mitglieder nicht gestrichen, sondern buchmässig weitergeführt werden. Es sind aber auch einige Mitglieder vorhanden, über deren Verhältnisse man nicht recht unterrichtet ist. Das ist sehr bedauerlich, da der kommunale Zuschuss nicht zu erlangen ist, wenn die Kasse nicht den Aufenthaltsort der Mitglieder angeben kann.

Ueber den Umfang der Arbeitslosigkeit werden seitens der Kasse folgende Mitteilungen gemacht: im ersten Halbjahr der Tätigkeit der staatsanerkannten Kasse, 1907-1908, war die Zahl der Arbeitslosentage im ganzen 3870, die der Unterstützungstage 471; im Tätigkeitsjahr 1908-1909 waren es im ganzen 15 901 Arbeitslosentage und davon 5470 Unterstützungstage; im Tätigkeitsjahr 1909-1910 19 843 Arbeitslosentage, davon 7018 Unterstützungstage. Warum die Zahl der Arbeitslosentage, an denen Unterstützung bezogen wurde, im Verhältnis zur Gesamtzahl so gering ist, lässt sich nicht mit Sicherheit feststellen. Offenbar hat ein Teil der Arbeitslosen auf die ihm zustehende Unterstützung aus irgend einem Grunde verzichtet.

Die Delegiertenversammlung erteilte dem Vorsitzenden und Kassierer Olesen einstimmig Decharge. Sodann wurde beschlossen, die Arbeitslosenunterstützung für die männlichen Mitglieder um 25 Oere, für die weiblichen um 20 Oere pro Tag zu erhöhen, was im voraus die Zustimmung des Arbeitslosigkeitsinspektors erhalten hatte. Für den Arbeitsnachweis in den Provinzen, der der Arbeitslosenkasse angegliedert ist, war ein neues Regulativ ausgearbeitet, ebenfalls unter Zustimmung des Arbeitslosigkeitsinspektors, mit dem sich nun auch die Delegiertenversammlung einverstanden erklärte. Das Arbeitsnachweiskontor hat seinen Sitz in Vejle (Jütland). Die Anmeldung der Arbeitslosigkeit ist obligatorisch für alle Mitglieder der Arbeitslosenkasse und hat durch die Kassierer der Ortsabteilungen zu erfolgen. Diese haben dem Kontor wöchentlich ein Verzeichnis über die Arbeitslosen innerhalb ihrer Abteilung zu senden. Die gemeldeten Arbeitslosen werden solange in den Listen des Kontors geführt, bis sie Stellung erhalten. Reisende Arbeitslose können sich auch durch die Abteilungskassierer anmelden lassen, müssen aber das Kontor beständig über ihre Adresse auf dem laufenden halten. Die Anweisung der Stellen erfolgt nach den laufenden Nummern; der Arbeitsvermittler ist jedoch berechtigt, von dieser Regel abzuweichen, wenn besondere Fähigkeiten in der angebotenen Stellung verlangt werden und ebenfalls, wenn die Stellung so schnell besetzt werden muss, dass es zweckmässiger ist, den am nächsten wohnenden Arbeitslosen zu benachrichtigen. Bei Streiks und Aussperrungen werden für die betreffenden Betriebe keine Arbeitskräfte vermittelt. Die Arbeitsvermittlung ist unentgeltlich sowohl für die Arbeiter wie für die Arbeitgeber. Die Ausgaben für die Vermittlung trägt die Arbeitslosenkasse.

Leiter des Arbeitsnachweiskontors ist der Kollege V. Nielsen in Vejle, Kiddesvej 13 St.

Korrespondenzen.

Gesperret sind:

Schweiz:

Freiburg (die Kartonnagen-A.-G. Will-zeß).

Buchbinder und Kartonnagenarbeiter haben sich vor Annahme von Arbeit nach Zürich (Schweiz), Buchbinder und Linierer vor Annahme von Arbeit nach Hannover bei den Bevollmächtigten nach den bestehenden Verhältnissen zu erkundigen.

Erlangen. Nach langjähriger und mühevoller Agitationsarbeit war die Zeit gekommen, daß am 19. Juni d. J. ein Tarifentwurf an die Unternehmer eingereicht werden konnte. Die mit zu den allerständigsten zählenden Verhältnisse Erlangens zwingen unsere Kollegen und Kolleginnen, mit zeitgemäßen Forderungen herauszutreten. Die Unternehmer erklärten sich zu Unterhandlungen bereit und konnte am 28. Juni in einer öffentlichen Versammlung Bericht über das Resultat derselben erstattet werden. Bezüglich der erreichten Arbeitszeitverkürzung von 1½ Stunden pro Woche und der Erhöhung der Minimallohn kann gesagt werden, daß diese Zugeständnisse einen guten Fortschritt gegenüber den bisherigen Verhältnissen darstellen. Weniger befriedigen kann die fünfjährige Dauer des Tarifs, desgleichen der Ablaufstermin. Allerdings sollen jährlich zweimal Lohnzulagen stattfinden für diejenigen, welche höher als zum Minimallohn entlohnt sind. Daß kein besserer Erfolg erreicht wurde, ist auf das Konto der Indifferenten zu setzen. Bei der Firma Zuder u. Co. ist die Mehrzahl der Beschäftigten für die Organisation nicht zu haben gewesen. Wohl haben diese Leute eine Witzschrift an die Firma gerichtet, den Tarif zu bewilligen, damit kein Streit ausbreche usw. Allein hier muß scharf hervorgehoben werden, daß es sich lediglich um ein Angstprodukt handeln konnte. Es scheint ja diesen Ausharbeitern doch zum Bewußtsein gekommen zu sein, daß es nichts Entwürdigenderes geben kann, als ihr bisheriges Verhalten. Das ist doch sehr einfach abzuändern durch Eintritt in die Organisation! Die Zukunft wird es ja lehren müssen, ob diese Leute länger müßig zusehen, wie andere für sie die Kastranen aus dem Feuer holen oder aber, ob ihnen noch soviel Rückgrat innewohnt, daß sie sich aufzaffen und dorthin gehen, wo ihr richtiger Platz ist, in die Reihen ihrer organisierten Kollegen und Kolleginnen. Die Lohnbewegung hat deutlich gezeigt, daß nur durch die Organisation etwas erreicht werden kann. Darum ist es notwendig, daß die Indifferenten nunmehr zur Einsicht kommen und sich samt und sonders der Organisation anschließen, damit es gelingt, bei der nächsten Lohnbewegung einen besseren Erfolg zu erzielen. Vom Sattler- und Portefeuilerverband kamen circa 50 Mitglieder in Frage und wurde deshalb von Anfang an in dieser Bewegung gemeinsam vorgegangen. Auf unseren Verband entfielen 190 Mitglieder.

Dresden. Anlässlich seiner Anwesenheit in Dresden zum Gewerkschaftstongreß hielt Kollege Klotz in der Versammlung vom 30. Juni einen Vortrag über: „Die Interessen der Nebenbranchen im Deutschen Buchbinderverband“. Klotz erklärte, dieses Thema gewählt zu haben, weil in Dresden die Nebenbranchen, vor allem Kartonnagen- und Luxuspapierindustrie stark vertreten seien und weil oft der Vorwurf erhoben würde, daß der Verband vornehmlich für die Interessen der Buchbinder eintrete und die Nebenbranchen vernachlässige. Daß dem nicht so ist, bewies Redner an der Hand eines reichen statistischen Materials und an den Lohnkämpfen, welche der Verband in den letzten Jahren durchzuführen hatte. Wenn es der Buchbinderbranche gelungen ist, sich mehr als die andern Branchen tariflich geordnete Arbeitsverhältnisse zu sichern, so dürfe man nicht vergessen, daß in der Buchbinderei fast nur gelernte Leute gebraucht würden. Darum war es dem Verband möglich, dort zuerst festen Fuß zu fassen, während in den anderen Zweigen unseres Berufes weite Kreise die Notwendigkeit der Organisation noch nicht erkannt haben. Wer aufmerksam die Vorgänge innerhalb unserer Organisation beobachtet, müsse erkennen, daß alle Branchen gleichmäßig berücksichtigt werden. Dort, wo die Lage der Kollegen und Kolleginnen eine gedrückt ist, die Ausschichten für ein erfolgreiches Vorgehen aber günstig scheinen, werde die Verbandsleitung nicht erst fragen: Wirst du Buchbinder? Wirst du Kartonnagenarbeiter? Redner wendet sich dann den künftigen Aufgaben des Verbandes zu und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen möge auch in der Kartonnagen- und Luxuspapierindustrie in Dresden bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Dem Referenten wurde lebhafter Beifall zuteil, wie auch den anderen

Kongreßdelegierten, welche kurze Ansprachen an die Versammlung richteten. Brüdner-Berlin führt aus, daß die Darlegungen Klotzs gezeigt hätten, wie für die Bestrebungen der Nebenbranchen nicht nur Raum im Verband wäre, sondern, daß dieser jederzeit tatkräftig für die Interessen der Nebenbranchen eingetreten sei. Wenn es den Plakatträgern in Dresden gelungen sei, sich einigermaßen annehmbare Lohnbedingungen zu erkämpfen, so müßte dasselbe auch den andern Branchen möglich sein, wenn nur die Kollegen und Kolleginnen auf ihre Kraft vertrauen wollten und sich vor Augen halten, daß auch sie ein Anrecht haben, nach Verbesserung ihrer Lebenslage zu streben. Krauß-München geht des Näheren auf die vorjährigen Lohnbewegungen in München ein. Er wünscht, daß München mit seinem Tarif für die Luxuspapierindustrie nicht allein in Deutschland das beste sondern, daß ihm Dresden bald folgen möge. Das Wesentliche für solchen Kampf sei die Stärkung der Organisation und die Festigung der Anschauung der Mitglieder. Die Tarifverträge stehen nur auf dem Papier, wenn nicht eine starke kampfbewußte Organisation für deren Einhaltung besorgt sei. Auch Küster-Hamburg sieht die Gewähr für ein sieghaftes Vorwärtsschreiten im Ausbau unseres Verbandes. Er schilderte die Lohnbewegung in Hamburg und den Stand der dortigen Luxuspapier- und Kartonnagenindustrie. Pfüge-Chemnitz schildert, wie sich die Zahlstelle Dresden seit 1904 zur drittgrößten in unserem Verband entwickelt habe, aber es seien noch viele, welche ihre Kräfte der Allgemeinheit zur Verfügung stellen könnten. Ferner berichtet er die Kämpfe der Eisenberger Eisarbeiter und der Kartonnager in Nürnberg-Zürich. Frau Kaufmann bespricht die Stellung der arbeitenden Frau in der Gesellschaft und fordert die Kolleginnen auf, sich mehr in den Versammlungen sehen zu lassen. Pöpp verweist darauf, wie uns die mißglückte Bewegung 1904 in der Luxusarten- und Kartonnagenbranche zurückgeworfen hat. Es scheint aber die Zeit gekommen, daß auch diese Zweige unseres Berufs eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeizuführen gewillt sind. Samann betont, wenn auch die Buchbinderbranche im allgemeinen gut organisiert ist, so trifft dies doch nicht für Dresden zu, wo uns die vorjährige Lohnbewegung zeigte, wie wenig tief der Organisationsgedanke in die Reihen der Kollegenschaft eingedrungen ist. Der Abschluß der Tarifverhandlungen in den drei Städten eröffne ja für die Provinz günstige Perspektiven. Mit einem anfeuernden Schlusswort Klotzs fand die wohlgelungene Veranstaltung ihr Ende.

Schweinfurt. Am 2. Juli fand hier eine Versammlung statt zwecks Gründung einer Zahlstelle. Kollege Weinländer-Nürnberg war hierzu erschienen. Die Gründung wurde einstimmig beschlossen und die Wahl der Verwaltung vollzogen. Sämtliche Anwesende legten ein lebhaftes Interesse an den Tag und versprachen, nach besten Kräften für das Aufblühen der neuen Zahlstelle wirken zu wollen. Am Schlusse der Gründungsversammlung ermahnte Kollege Weinländer die Mitglieder, nunmehr alles daran zu setzen, daß die Mitgliederzahl im kommenden Halbjahr sich verdoppelt, was bei rühriger Agitation sehr wohl möglich sei. Außerdem stehe selbstverständlich die weitgehendste Unterstützung seitens des Gewerkschaftsrates zur Verfügung. Da es natürlich der jungen Zahlstelle an allen Mitteln fehlt, sei auch an dieser Stelle an die übrigen Zahlstellen, welche über reichliche Literatur verfügen, appelliert, etwaige entbehrliche Bücher an den Kassierer der Zahlstelle, Kollegen J. Weger, Garbergasse 42 pt., senden zu wollen.

Chemnitz. Einer, wie wir mehrere haben! Die Luxuskartonnagenfabrik Stopp, Chemnitz-Kappel, suchte kürzlich in Annaberger Wäldern einen Mustermacher, weil der jetzige — Anger ist sein Name — wegen „Unredlichkeiten“ hatte sofort entlassen werden müssen. Nach eingezogenen Erkundigungen hat Anger Arbeiten, die am Schluß der Woche noch nicht fertig waren, den Arbeitern in die Lohnbücher eingetragen, beim Geldeauszahlen dann aber diese Kosten unten vergradiert und auf nächste Woche oben angegeschrieben. Den Kollegen erklärte er, da die Arbeit noch nicht fertig sei, könne diese erst nächste Woche verrechnet werden. Der Zuschneider, der im Wochenlohn stand, hatte einen Tag gefehlt, und dafür hatte der „Alte“, wie Anger vertraulich ihm erzählt, nur 4 Mk. in Abzug gebracht, „er hat's gnädig gemacht“. Des Zuschneiders Sohn aber hatte schon wiederholt bemerkt, daß in seinem Buche rabiiert sei; mit diesem ausgerüstet, und großem Herzen über den Abzug sich beschwerend, zog er vor den „Alten“, und nun brach das Verhängnis über Anger herein, der sogar über den Lehrling 2 Lohnbücher führte.

Solche Vorkommnisse hält man einfach nicht für möglich. In Zukunft dürften wohl auch die Lohnbücher mit Tinte geschrieben werden, und die Firma Stopp mit ihrem grenzenlosen Vertrauen etwas

haushälterisch umgehen. Das ist umfomehr angebracht, Leuten vom Schläge Anger gegenüber, der in ganz niedriger Weise seine Annaberger Landsteute ausbeutete und im Preise drückte. Aber eigentümlich, solchem Volke glückt's! Kaum ist A. Snall und Fall wegen „Unredlichkeiten“ entlassen — und schon befindet sich A. in Dresden in einer ähnlichen Stellung, in der er seine segensreiche Tätigkeit, natürlich wieder zu „Günsten“ seines Prinzipals entfalten wird. Wie wir hören, ist Anzeige erstattet und darf man darauf gespannt sein.

Chemnitz. Konkurse in der Chemnitz-Kartonnagenbranche sind gar nichts seltenes mehr. Schon wieder hat der Weitegeier sich eine Firma geholt und diesmal eine, die nicht zu den kleinsten zählt. Schon seit einigen Monaten war es offenes Geheimnis, daß die Firma A. Bilz mit einigen 30 000 Mk. Unterbilanz arbeitete. Maschinenfabrik und Pappellieferanten versuchten das Unheil abzuwenden. Bilz arbeitete die letzten Wochen, als könnte er den ganzen Kram herausreißen, sogar ein Zuschneider wurde dadurch überflüssig. Aber alle Kraftaufwendung kam zu spät, es war nichts mehr zu retten. Die gegen 30 Personen betragende Arbeiterchaft wurde unter Auszahlung des Lohnes entlassen. Ein nettes Beispiel dafür, wie leicht „Lebensstellungen“ vernichtet werden können.

Leipzig. Ein schmerzlicher Unglücksfall ereignete sich nach Berichten in bürgerlichen Tageszeitungen in einer leider nicht genannten Leipziger Großbuchbinderei. Dort machte sich ein 14 Jahre alter Lehrling an einer Stanzmaschine während der Pause zu schaffen, angeblich, um deren Mechanismus kennen zu lernen. Plötzlich geriet er mit der rechten Hand unter das Messer und dabei wurden ihm vier Finger glatt abgehauen. Ob sich die Sache in Wirklichkeit so zugegetragen hat, wie hier angegeben, entzieht sich unserer Kenntnis.

Rundschau.

† **Aus der Krankenversicherung.** Mitglieder der Krankenkassen machen bei ihrer Erkrankung oft die unangenehme Entdeckung, daß sie in einer niedrigeren Klasse versichert sind und demzufolge nur diese geringere Unterstützung erhalten, als ihnen nach ihrem Verdienst zustehen müßte. Um zu ihrem Recht — Einreichung in die höhere Klasse und Zahlung des höheren Krankengeldes usw. — zu kommen, bleibt ihnen nur übrig, der Krankenkasse gegenüber den Nachweis zu führen, daß sie auf Grund ihres Verdienstes einer höheren Klasse angehören. Denn nicht die Anmeldung zu einer bestimmten Lohnklasse und Beitragszahlung für dieselbe macht die Beschäftigten zu Mitgliedern dieser Klasse, sondern sie sind gesetzlich ohne weiteres Mitglieder der Klasse, zu der sie auf Grund ihres Verdienstes gehören. Aus dieser Gesetzesbestimmung geht aber auch ohne weiteres hervor, daß Arbeiter und Arbeiterinnen, die zu einer höheren Klasse gemeldet wurden und Beiträge begabten, als wie sie nach ihrem Verdienst berechtigt waren, im Falle ihrer Erkrankung nur Anspruch in der niedrigen Klasse haben, der sie ihrem Verdienst nach angehören müßten. Die zumiel respektive zu Unrecht erhobenen Beiträge der höheren Klasse muß ihnen jedoch die Krankenkasse zurückerzahlen.

Eine Konferenz der Vertreter der Verbandsverbände fand am 13. und 14. Juni in Berlin statt. An erster Stelle verhandelte die Konferenz über den Entwurf zu einer gemeinsamen Unterstützungseinrichtung der Genossenschaften und der Gewerkschaften für ihre Mitglieder, der von der früher eingesetzten Kommission der Konferenz unterbreitet wurde. Nach eingehender Aussprache stimmte die Konferenz der Vorlage im Prinzip zu und beschloß, die Frage auf die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses in Dresden zu setzen. Sodann folgte ein Referat des Genossen Leipart über das Recht des Tarifvertrages, das eine umfangreiche Materialiensammlung über diese Frage enthielt. Die Konferenz beschloß, das Referat in Broschürenform drucken zu lassen und den Gewerkschaftsfunktionären zugänglich zu machen. Ferner beschloß die Konferenz den Beitritt der Generalkommission zur Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, deren Gründung auf der von der Generalkommission beschickten Konferenz in Paris erfolgte. Zur Frage der Kartellbeiträge für Gewerkschaftshäuser legte die Generalkommission, entsprechend einem von einer früheren Konferenz ihr erteilten Auftrag, das Ergebnis einer Umfrage vor. Die Konferenz beauftragte die Generalkommission, unter Berücksichtigung der gepflogenen Aussprache einer späteren Konferenz bestimmte Vorschläge zu einer Beschlussfassung in dieser Frage zu unterbreiten. — Anlässlich der Konferenz fand eine Aussprache zwischen den Vertretern der an den Grenzreitigkeiten mit dem Brauerereia

arbeiterverbände beteiligten Verbände statt. Zwischen den Brauereiarbeitern und den Maschinisten und Heizern kam es zu folgender Verständigung:

Die Vorstände der Verbände der Brauerei- und Mühlenarbeiter und der Maschinisten und Heizer haben am 15. Juni folgenden Kartellvertrag abgeschlossen:

1. Für Maschinisten und Heizer, die ausschließlich oder überwiegend im Kessel- und Maschinenraum beschäftigt werden, ist der Verband der Maschinisten und Heizer zuständig, während diejenigen Maschinisten und Heizer, die überwiegend mit Brauereiarbeiten beschäftigt werden, zum Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter gehören.

2. Der gegenwärtige Bestzustand wird gewahrt.

3. Den Brauerei- und Mühlenarbeitern, die dauernd zur Tätigkeit im Kessel- und Maschinenraum übergeben oder dort überwiegend beschäftigt werden und bereits Mitglied des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter sind, steht es frei, in ihrem alten Verbands zu bleiben oder überzutreten. Ein Druck zum Uebertritt in die andere Organisation darf von keiner Seite ausgeübt werden.

4. Die Arbeitsvermittlung soll durch örtliche Vereinbarungen geregelt werden. Dabei sind bestehende Tarifverträge, welche die Arbeitsvermittlung regeln, zu beachten.

5. Vor der Einleitung von Lohnbewegungen hat, wenn beide Organisationen in Frage kommen, eine Verständigung zwischen den Verbänden stattzufinden.

6. Die Agitation unter den Unorganisierten soll nur in loyaler Weise unter Beachtung der bestehenden Vereinbarungen betrieben werden.

7. Die vorstehenden Vereinbarungen gelten für Brauerei-, Mälzerei-, Brennerei- und Mühlen-

betriebe, mit der Maßgabe, daß die Darreizer in den Mälzereibetrieben zum Brauerei- und Mühlenarbeiterverband gehören.

Ueber Ausnahmen in obiger Vereinbarung ist von Fall zu Fall eine Verständigung herbeizuführen.

Will einer der vertragsschließenden Verbände von diesem Vertrage zurücktreten, so hat er der anderen Partei und der Generalkommission davon Mitteilung zu machen.

Zwischen den übrigen mit dem Brauereiarbeiterverbände in Grenzstreitigkeiten befindlichen Gewerkschaften sollen Vereinbarungen auf der gleichen Grundlage getroffen werden. Die Verhandlungen zwischen den Brauereiarbeitern und den Transportarbeitern haben noch nicht zum Ziele geführt.

Aufruf!

Die Begründung einer eigenen Bibliothek ist von der neuen Zahlstelle Schweinfurt in Aussicht genommen. Da die Zahlstelle zunächst eigene Mittel noch nicht besitzt, ergeht hiermit das Ersuchen an alle Zahlstellen sowie an alle Mitglieder des Verbandes, der Zahlstelle Schweinfurt bei ihrem Vorhaben behilflich zu sein und ihr die in den Zahlstellen- oder Privatbibliotheken entbehrlichen Bücher zur Verfügung zu stellen.

Für den gedachten Zweck bestimmte Bücher wolle man zunächst uns zusenden, damit doppelt eingandte Sachen eventuell für andere Zahlstellen verwandt werden können.

Der Verbandsvorstand.

Adressenänderungen.

Vertreter Bevollmächtigte.

Strasbourg. Chr. Pieter, Gutleutgäßchen 2.

Unterstützungs-Auszahler.

Weissenfels: Z.: A. Friedmann, Hermannstraße 9 II L, von 7—8 Uhr, Sonntags von 12—1 Uhr. H.: Volkshaus, Merseburgerstraße. Az.: 10 Stb. Ml.: 22 Mf.

Briefkasten.

B. R. in Br. Für diese Aufmerksamkeit besten Dank. — E. G. in S. Das Inserat kostet 3,20 Mf.

Literarisches.

In Freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Jede Woche ein Heft zum Preise von 10 Pf. Die Hefte 20 bis 23 sind erschienen. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolporteurs entgegen.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Jede Woche erscheint ein Heft. Abonnementpreis 3 Mf. pro Quartal. Einzelnummer 30 Pf. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten entgegen.

ANZEIGEN

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hülfsk.) Sitz Leipzig.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Unserem Vorsitzenden, dem Kollegen Heinrich Waiblinger

mit Fräulein Ida Marose zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Mitglieder der Zahlstelle Wiesbaden.



Kostenfreier Arbeitsnachweis

für Buchbinder
O. Th. Winckler, Leipzig

Vertreter gesucht für veredelte Dauerwäsche.

Täglich bis zu 15,— Mark Verdienst. Sofort Geld! Verlach & Co., Eöln-Indenthal.

Tüchtige Etuisarbeiter

auf Best.-Etuirs sowie billige und feine Maniküre- und Störtengarnituren gut eingearbeitet, zum sofortigen Antritt nach Thüringen gesucht.

Offerten mit Zeugnisabschriften unter W. 611 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Leipzig.

Tüchtiger Etuisarbeiter

auf Schaufenster-Etalagen dauernde Stellung. D. W. 100, Berlin, Hauptpostamt.

Die Gold- und Silberschmelzerei, Schelde- und Gekrätz-Anstalt M. Broh

Berlin SO. 33, Köpenickerstr. 29, Fernsprecher: Amt IV, 6958, kauft Kehrgold, Staubgold, Goldschmiers, Goldwatten, Goldgummis sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände. Vorzügliche Schmelz-, Brenn- und Mahleinrichtungen. — Streng reelle Bedienung. Anerkennungs schreiben v. In- u. Ausland. Gegründet im Jahre 1896.

Die schnelle Wirkung des Lamischeider Stahlbrunnen

bei der Bleichsucht ist mehrfach in der Literatur herborgehoben worden. Durchschnittlich wurde bei vierwöchigen Kuren eine Zunahme des Haemoglobingehaltes um 25 Proz. und eine Hebung des Körpergewichts um 7 Proz. beobachtet; im Einzelfalle stieg die Zunahme des Haemoglobins bis über 60 Proz. und die Vermehrung des Körpergewichts bis zu 14 Proz. Das sind Resultate, wie man sie mit künstlichen Eisenpräparaten wohl nur ausnahmsweise erreicht. — An Stelle der körperlichen und geistigen Depression tritt Wohlbehinden und immer mehr zunehmende Arbeitslust; die Schmerzen im Kopf und an den Füßen schwinden zugleich mit dem gelegentlich anzutreffenden Ödem der Füße. (Prof. Dr. med. Liebreich). —

Aus Briefen: „Schon nach 14 Tagen zeigte sich der Genuß des Wassers als großartig wirkend. Nach beendeter Kur war das allgemeine Befinden überraschend, der Appetit erheblich besser, sonst regelmäßig chronische Kopfschmerzen sind ganz verschwunden.“ — „Es freut mich, über den wunderbaren Heilkrant, der sich glänzend bewährt hat, Mitteilung machen zu können. Die Beschwerden sind verschwunden; Kräftigung des Körpers, Appetit und ruhigen Schlaf habe ich wieder erlangt. Ich kann nun wieder arbeitsfreudig in meinem Beruf wirken.“ — „Erkrankungen im Hause warm empfohlen bei Blutarmut, Bleichsucht, Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, Blutarmen Zuständen, z. B. nach Blutverlusten inf. Operationen, Wochenbetten usw., nach überstandener erschöpfenden Krankheiten wie Influenza usw.“ — Mitteilungen über Kurefolge, Bezug des Brunnenkostenlos durch: Lamischeider Stahlbrunnen in Düsseldorf S. 123.

Geschichte des Deutschen Buchbinder-Verbandes und seiner Vorläufer

Preis für Mitglieder 2,30 Mf. einschließlich Porto
Preis für Nichtmitglieder 3,30 Mf. einschließlich Porto

Der vorliegende 1. Band gibt einen zusammenfassenden Ueberblick über die Geschichte der Organisation in unserem Berufe bis zur Gründung des jetzigen Verbandes. Er enthält eine reichhaltige Dokumentensammlung und bietet jedem Berufsgenossen außerordentlich viel interessante Momente aus der Vergangenheit.

Ein jedes unserer Mitglieder sollte im Besitze des Werkes sein, das auch durch sein vornehmes Außere jeder Bibliothek zur Zierde gereicht.